



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 3/2013

Aus dem Inhalt:

Präsidiumssitzung zur Asylpolitik

Spitzengespräch zum
kommunalen Finanzausgleich 2014

Landrätetagung im
Landkreis Erlangen-Höchstadt

Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon +49 (0) 89/286615-0

Telefax +49 (0) 89/282821

info@bay-landkreistag.de

www.bay-landkreistag.de



Grußwort zum Jahreswechsel	3
Aktuell	
Präsidiumssitzung zur Asylpolitik	5
Finanzen	
Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2014	6
Landrätetagung	
Landrätetagung im Landkreis Erlangen-Höchstadt	10
Innovation	
Web 2.0 in bayerischen Kommunen	20
Gesundheit und Krankenhäuser	
Kliniken in der Region überlebenswichtig Kreidl: Krankenhäuser im ländlichen Raum sichern die Notversorgung	20
Jugend und Soziales	
Beteiligte Jugend, lebendiges Gemeinwesen Kommunale Spitzenverbände und BJR diskutieren Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in ihren Gemeinden	20
Energie	
Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten der Metropolregion München	21
Europa	
Plenarsitzung des KGRE in Straßburg mit Landrat Thomas Karmasin	22
Abfallvermeidung – Kommissionsvorschlag zur Reduktion des Plastiktütenverbrauchs	23
Deutscher Landkreistag	
Treibstoff für´s Land: Landkreistag und Bauernverband legen Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vor	24
Haus der bayerischen Landkreise	
Der Landkreis Freyung-Grafenau präsentiert sich in München – Ausstellung unter dem Motto „Kunst und Kultur“	24
Aus den Landkreisen	
Landkreis Fürstentfeldbruck: Besuch einer chinesischen Kommunaldelegation	26
Landkreis Hof: Gemeinsam gegen Pläne der EU	26
Landkreis Hof: Münchberger Klinik wächst	26
Landkreise Hof und Kulmbach: Outdoor Parc Frankenwald als touristisches Leuchtturmprojekt	27
Landkreis Dillingen a. d. Donau: Erster Medizinstudent am akademischen Lehrkrankenhaus St. Elisabeth in Dillingen	27
Personalien	28

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0

Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de

www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:

Sebastian Weiss OHG
Wertstraße 11
94469 Deggendorf

Landrat Jakob Kreidl, Miesbach Präsident des Bayerischen Landkreistags

2013 – das ereignisreiche Superwahljahr – bietet die passende Gelegenheit, den ersten Schwung der noch jungen Legislaturperioden in Bund und Land für die Kommunen zu nutzen. Gerade kurz vor Ende der Kommunalwahlperiode gilt es daran zu erinnern, dass weder die Bundesrepublik noch der Freistaat Bayern ohne starke Kommunen so erfolgreich wären, wie sie es sind.

Die Kommunen sind die ersten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger, wenn es um attraktive Lebens- und Arbeitsräume geht. Im ländlichen Raum sind es die Landkreise, die die kommunale Infrastruktur und die medizinische Versorgung aufrechterhalten und sich um soziale Sicherung, Bildung und Arbeitsplätze vor Ort kümmern. Das eröffnet Entwicklungsperspektiven für die Menschen in der Region.

Dieser großen Verantwortung können die Landkreise nur nachkommen, wenn sie Spielräume für eine zeitgemäße Verwaltung haben, über ausreichende Entscheidungskompetenzen und über eine gesicherte, angemessene Finanzausstattung verfügen.

Die Bayerische Staatsregierung weiß um die Bedeutung der Landkreise. Nicht umsonst hat Ministerpräsident Horst Seehofer bei der diesjährigen Landkreisversammlung in Altötting erklärt, dass dem Staat ohne kraftvolle Landkreise die Basis fehle. In Zukunft solle – zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung – möglichst wenig staatlich reguliert werden. Das neue Ministerium mit den Querschnittsaufgaben Finanzen, Landesentwicklung und Heimat lässt gewisse Hoffnungen aufkeimen. Ohne Zweifel werden in diesem Ressort wichtige Entscheidungen getroffen, wie das Morgen des ländlichen Raums aussehen wird.

Nach den erfolgreichen Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich können die Landkreise zuversichtlich nach vorne blicken – ungeachtet der Notwendigkeiten zur Konsolidierung der Staatsfinanzen einerseits und zur Verbesserung der Kommunalfinanzen angesichts der stark steigenden Sozialausgaben andererseits. Die kommunalen Spitzenverbände konnten durch ihr geschlossenes Auftreten erreichen, dass das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs erstmals über 8 Mrd. Euro ansteigt. Der Zuwachs um 215 Mio. Euro auf 8,04 Mrd. Euro stärkt insbesondere die Schlüsselzuweisungen und die kommunalen Investitionen.

In der kommenden Legislaturperiode erwarte ich die Überarbeitung der nicht zufriedenstellenden Neuregelung des Landesentwicklungsprogramms. Im Sinne der ländlichen Räume heißt das Ziel, weg vom staatlichen Dirigismus und Protektionismus hin zu Subsidiarität und Regionalität. Die kommunalen Gremien vor Ort müssen abwägen und entscheiden können.



Leistungsfähige Verkehrswege waren stets die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum von Regionen. Im herkömmlichen Sinne waren und sind das Straßen, Wasserwege und Schienen. Zunehmend wichtiger werden Datenautobahnen. Eine ausreichende Breitbandverkabelung ist heute das A und O für die Entwicklungsfähigkeit des ländlichen Raums. Die Bündelung dieser Aufgaben im Heimatministerium lässt auf eine flächendeckende Lösung für ganz Bayern hoffen.

Ich erwarte, dass die neue Bundesregierung die Eingliederungshilfe neu und abschließend regelt. Diese hat sich zunehmend zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe entwickelt. Aktuell tragen die Kommunen die überwiegende Finanzverantwortung für Menschen mit Behinderung. Bund und Land sind gefordert, sich stärker einzubringen. Nach dem Wortlaut des Koalitionsvertrags besteht die Hoffnung, dass sich der Bund in einem Bundesteilhabegesetz künftig mit einem Drittel beteiligen wird.

Gerade im Hinblick auf die Europawahl im Juni 2014 ist es mir ein großes Anliegen, dass die Daseinsvorsorge als tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung nicht zum Spielball des europäischen Marktes und des Wettbewerbs wird. Die Kommunen stellen den Bürgerinnen und Bürgern die wichtigsten Güter und Leistungen zur Verfügung. Funktionierende Strukturen im Bereich der Krankenhäuser, des ÖPNV oder der Sparkassen dürfen nicht durch Herauslösen einzelner Aufgaben oder Bereiche auf Kosten der Allgemeinheit und der Solidargemeinschaft gefährdet werden. Dies gilt auch für die Abfallentsorgung und insbesondere für die Trinkwasserversorgung. In diesem Jahr konnte die drohende Liberalisierung des Trinkwassers dank gemeinsamer Anstrengungen verhindert werden, die kommunale Daseinsvorsorge als Ganzes steht aber weiterhin bei den Verhandlungen zum internationalen Freihandelsabkommen und zur europäisch-amerikanischen Freihandelszone auf dem Spiel. Hier gilt es, wachsam zu sein. Von Bund und Land erwarte ich einen energischen Einsatz



für den ungeschmälernten Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge.

Eine besondere, gesamtgesellschaftliche Herausforderung stellt der steigende Zustrom von Asylbewerbern dar. Im Interesse einer menschenwürdigen Unterbringung sind große Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich, um ausreichend geeigneten Wohnraum bereitzustellen. Ich bin den Gemeinden und den vielen Bürgerinnen und Bürgern für ihre tatkräftige Unterstützung sehr dankbar. Den vielen ehrenamtlichen Helfern danke ich für ihr Engagement, vor allem bei der sozialen Betreuung, das gerade in den kommenden Wintermonaten nochmals verstärkt notwendig sein wird.

Am 16. März 2014 finden die nächsten Kommunalwahlen in Bayern statt. Ich wünsche Ihnen hierfür das Allerbeste und bitte Sie – vor und nach diesem entscheidenden Termin – um Ihr Engagement für die bayerischen Landkreise, den Bayerischen Landkreistag und seine Geschäftsstelle. Mit Ihrer Hilfe werden wir gute Lösungen für den ländlichen Raum erreichen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein besinnliches Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das neue Jahr.

Präsidiumssitzung des Bayerischen Landkreistags zur Asylsozialpolitik

Sozialministerin Müller und Landkreistagspräsident Kreidl:

„Nur gemeinsam können wir allen Schutz suchenden Menschen diesen auch bieten“

Die Zahl der Asylbewerber, die nach Bayern gekommen sind, hat sich innerhalb des letzten Jahres fast verdoppelt und wird laut der jüngsten Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weiter ansteigen. „Dieser Anstieg ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, bei der wir alle an einem Strang ziehen müssen. Ich danke allen beteiligten Stellen, insbesondere den Landkreisen und den kreisfreien Städten sowie den Bezirksregierungen, die sehr große Anstrengungen unternehmen, um genügend Wohnraum für die Asylbewerber bereitzustellen. Ich baue auch zukünftig auf die Unterstützung aller, um die Schutz suchenden Menschen aufnehmen zu können“, so Bayerns **Sozialministerin Emilia Müller** anlässlich der Präsidiumssitzung des Landkreistags am 21. November 2013 zum Thema Asylsozialpolitik.

„Die Landkreise stehen mit dem Rücken zur Wand. Nicht nur in den Ballungsräumen, sondern in ganz Bayern wird es zunehmend schwieriger, dezentrale Unterkünfte für die steigende Zahl an Asylbewerbern zu finden. Wir haben deshalb aus Anlass unserer Landrätetagung in Herzogenaurach Alarm geschlagen und sind froh, dass der Freistaat Bayern unsere Forderungen aufgreift. Vor allem durch die Schaffung weiterer Kapazitäten in Erstaufnahmeeinrichtungen in Verbindung mit der Personalverstärkung zur Beschleunigung der Asylverfahren erwarten wir, dass Asylbewerber ohne Aussicht auf ein Bleiberecht erst gar nicht auf die Landkreise zur Unterbringung verteilt werden müssen. Für die weiteren Asylsuchenden wollen gerne auch wir die Betreuung mit staatlicher Hilfe verstärken“, betonte der **Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Jakob Kreidl**.

„Die Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen reichen nicht mehr aus, obwohl wir sie in den letzten Jahren mehr als verdoppelt haben. Präsident Kreidl und ich sind uns einig, dass der Freistaat schnell weitere Plätze schaffen muss. Deshalb habe ich

auch bereits die Regierungspräsidenten gebeten, Vorschläge für Standorte für eine Kapazitätsausweitung zu melden. Ich möchte ferner, dass künftig alle unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber von Anfang an in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht werden, derzeit wohnen noch 5 Prozent in abgetrennten Bereichen der beiden Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich danke Präsident Kreidl dafür, dass er nach unserem gestrigen Gespräch sofort bei seinen Mitgliedern für eine zeitnahe Bereitstellung der hierfür notwendigen Plätze erfolgreich geworben hat. Ferner arbeiten die Bezirksregierungen mit Nachdruck daran, die Plätze in den von ihnen betriebenen Gemeinschaftsunterkünften auszubauen. Das entlastet die Kreisverwaltungsbehörden. Allerdings werden wir aufgrund des hohen Zugangs nicht auf die Unterbringung durch die Landkreise und kreisfreien Städte verzichten können. Der Freistaat stellt hierfür die Finanzierung sicher. Ich setze mich auch dafür ein, die Asylsozialberatung weiter auszubauen, auch bei der dezentralen Unterbringung. Die erforderlichen Mittel dafür werde ich bei den nächsten Haushaltsverhandlungen beantragen. Ein zentraler Punkt ist ferner, die Asylverfahren zu verkürzen. Notwendig ist dafür eine deutliche Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dafür setze ich mich bei den laufenden Koalitionsverhandlungen ein“, so die Ministerin abschließend.

In diesem Jahr wird der Zugang bei bis zu 18.000 Asylbewerbern in Bayern liegen. 2007 waren es noch knapp 3.000, 2012 waren es bereits 9.827. Die diesjährigen Zugangszahlen wurden zuletzt Mitte der 90er Jahre, konkret 1995 und 1996, erreicht.

Die Bezirksregierungen wollen im laufenden Jahr insgesamt rund 2.100 neue Plätze in Gemeinschaftsunterkünften schaffen. Die aktuelle Ausbauplanung der Regierungen sieht für 2014 rund 2.500 Plätze vor.



Diskutierten im Präsidium des Bayerischen Landkreistags die Asylsozialpolitik (v.l.n.r.): 3. Vizepräsident Dr. Hubert Faltermeier, 1. Vizepräsident Roland Schwing, Sozialministerin Emilia Müller, Präsident Jakob Kreidl und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Johann Keller

Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2014

Das Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2014 fand am 5. Dezember 2013 statt. Im Vorfeld haben die vier kommunalen Spitzenverbände an ihrer Übung festgehalten und in einem gemeinsamen Schreiben die finanziellen Grundlagen der Kommunen dargelegt und ihre Forderungen zum kommunalen Finanzausgleich 2014 gestellt. Folgende Anliegen standen im Mittelpunkt:

- Einsatz der Staatsregierung bei den laufenden Koalitionsverhandlungen in Berlin für ein **Bundesleistungsgesetz** mit der Zielsetzung, die Eingliederungshilfe in die Finanzverantwortung des Bundes zu verankern,
- Erhöhung des **Verbundsatzes** beim allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % schrittweise auf 15 % zur Stärkung des finanziellen Handlungsspielraums der Kommunen,
- Anhebung des kommunalen Anteils am **Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund** von 51 auf 65 v.H., um die Investitionsrückstände im Bereich des kommunalen Straßenbaus und Straßenunterhalts und des ÖPNV abbauen zu können,
- Aufstockung der **Hochbaufördermittel** nach Art. 10 FAG um 75 Mio. € auf 450 Mio. € zur Finanzierung der anstehenden Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten. Ferner wurde gefordert, dass die Fördersätze bei Generalinstandsetzungen von gegenwärtig 35 auf den ursprünglichen Stand von 40 bis 45 % angehoben werden,
- Anhebung der **allgemeinen Investitionspauschale** nach Art. 12 FAG. Der Bayerische Gemeindetag fordert zusätzlich, den Basiswert der so genannten Mindestinvestitionspauschale nach Art. 12 Abs. 3 FAG auf einen Wert von 100.000 € (gegenwärtig 90.000 €) zu erhöhen,

- Erhöhung der staatlichen Zuweisungen an die **Bezirke** nach Art. 15 FAG um 40 Mio. €,
- Anhebung der **Finanzzuweisungen** nach Art. 7 FAG,
- Anhebung der Erstattungsquote für die **Schülerbeförderung** auf 80 %,
- Anhebung des **Grunderwerbsteuerverbunds** von 38 % auf 50 %,
- Schaffung eines **Strukturhilfeprogramms** zur Bewältigung der Demografieprobleme und strukturellen Härten. Der Schwerpunkt ist dabei auf die Infrastruktur im Bereich Straße, Schiene und Breitband zu legen. Notwendig ist außerdem eine konsequente Dezentralisierung von Behörden.

Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds

Entscheidend für den Finanzausgleich 2014 ist die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds (Verbundzeitraum 01.10.2012 – 30.09.2013). Nach Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen steigt der allgemeine Steuerverbund um 2,4 % an. Das entspricht einem Zuwachs beim Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von 85,6 Mio. €; er steigt somit von 3.618 Mio. € auf 3.704 Mio. € an.

Umlagekraftentwicklung 2014

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat zwischenzeitlich die vorläufigen Umlagegrundlagen 2014 übersandt. Danach steigt die Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise um 708 Mio. € auf 13.007 Mio. € an. Der Anstieg beträgt 5,8 %. Die Entwicklung der Umlagekraft von 2004 bis 2014 kann der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden.

Umlagekraft 2004 – 2014 der kreisfreien Gemeinden und Landkreise			
Jahr	in Mio. €	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %-Punkten
2004	8.511	– 363	– 4,10
2005	8.328	– 183	– 2,00
2006	9.201	+ 873	+ 10,50
2007	9.633	+ 431	+ 4,70
2008	10.702	+ 1.069	+ 11,10
2009	11.893	+ 1.191	+ 11,13
2010	12.104	+ 210	+ 1,80
2011	11.120	– 966	– 8,10
2012	11.270	+ 150	+ 1,35
2013	12.299	+ 1.029	+ 9,13
2014	13.007	+ 708	+ 5,80



Die Umlagekraft 2014 der Landkreise steigt gegenüber 2013 (7.870 Mio. €) um 459 Mio. € auf 8.329 Mio. € (+ 5,8 %) an.

Das Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister,

der guten Tradition folgend, möchten wir vorbereitend zum Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2014 unsere Vorstellungen dazu schriftlich vortragen.

Die positive Entwicklung im Landeshaushalt hat sich erfreulicherweise weiter fortgesetzt. Das Plus bei den Steuereinnahmen hat zu einem Zuwachs um rd. 2,4 Prozent im allgemeinen Steuerverbund geführt. Der kassenmäßige Überschuss von zuletzt 1.659,9 Mio. Euro (Stand: Ende August 2013), die Rückführung der Schulden um rd. 1,5 Prozent auf 28.693 Mio. Euro sowie ein derzeit nicht drohender Konsolidierungsdruck zur Einhaltung der Schuldenbremse belegen die finanziellen Handlungsspielräume des Freistaats. An dieser Stelle dürfen wir auf den Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung der Gemeinden hinweisen, dessen Mitaufnahme in die Bayerische Verfassung in Art. 83 bei den Bürgerinnen und Bürgern beim Volksentscheid eine überwältigende Zustimmung fand. Die hohe Zustimmungquote von über 90 Prozent zeigt, welchen Stellenwert leistungsfähige Kommunen bei den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern haben. Die Kommunen schaffen mit ihren Leistungen der Daseinsvorsorge und Investitionen in die Infrastruktur die zentralen Grundlagen für ein attraktives Lebens- und Wirtschaftsumfeld. Aktuell sei hier auf den Kraftakt der Kommunen bei der Schaffung von Kindertagesbetreuungsplätzen sowie den Ausbau der Ganztagsbetreuung hingewiesen. Allerdings müssen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben ohne Haushaltsdefizite zu erfüllen. Die Entfristung des Sonderförderprogramms für den Krippenausbau sowie eine Erhöhung der Fördermittel für den laufenden Betrieb der Krippen wären hierfür wichtige Maßnahmen.

Die zuletzt positive Entwicklung bei den kommunalen Steuereinnahmen und der positive Gesamtsaldo der Kommunen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das Steueraufkommen der bayerischen Kommunen gemeindebezogen sehr unterschiedlich darstellt. Nach wie vor können viele Städte, Gemeinden und Märkte ihre Haushalte nur noch über strikte Ausgabenkürzungen ausgleichen, was unweigerlich zu einem nachhaltigen Substanzerlust bei der kommunalen Infrastruktur führt. Dringend notwendige Investitions-, Sanierungs- und Unterhaltsmaßnahmen müssen vielerorts zurückgestellt und die freiwilligen Leistungen fast auf Null gekürzt werden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Der Investitionsbedarf in den Kommunen kann aus eigener Kraft nicht gedeckt werden.

Des Weiteren ist festzuhalten, dass die Landkreise und Bezirke trotz gestiegener Umlagekraftzahlen nicht in der Lage sind, ihre Umlagesätze spürbar zu reduzieren. Grund sind die weiterhin rasant steigenden Ausgaben im Sozialbereich. Von 2000 bis 2011 haben die Sozialleistungen in Bayern von 3,6 Mrd. Euro auf 5,8 Mrd. Euro zugenommen. Das ist ein Zuwachs von 2,2 Mrd. Euro bzw. 61 Prozent. Zwar wirkt die sukzessive Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund dämpfend auf die Ausgabenbelastung der Kommunen, allerdings kann damit der Ausgabenzuwachs nicht gestoppt werden. Dazu wäre es erforderlich, dass die Kommunen bei den Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen entlastet werden. Ende 2011 lebten in Bayern mehr als eine Million Menschen mit einer schweren Behinderung. Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe sind in Bayern zwischen 2000 und 2011 von 1,263 Mrd. auf 2,155 Mrd. Euro angestiegen. Das ist ein Plus von 70 Prozent. Wir erwarten deshalb, dass sich der Freistaat Bayern weiterhin für ein Bundesleistungsgesetz mit der Zielsetzung einsetzt, für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Eingliederungshilfe die Finanzverantwortung des Bundes zu verankern, was u. a. Gegenstand der Bund-Länder-Verhandlungen zum Fiskalvertrag war.

Außerdem müssen die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass sich der Bund im Bereich der Bildung finanziell engagieren kann. Die Bildungsförderung muss wieder als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ausgestaltet werden.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die Kommunalen Spitzenverbände appellieren an die Bayerische Staatsregierung, dass aus der verfassungsmäßigen Normierung des Anspruchs der Gemeinden auf eine angemessene Finanzausstattung die Konsequenzen gezogen werden und der Freistaat mit dem kommunalen Finanzausgleich 2014 ein deutliches Zeichen für seine Kommunen setzt. Im Einzelnen wollen wir unsere Forderungen schwerpunktmäßig wie folgt zusammenfassen:

1. Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen

Der Anstieg des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf zwischenzeitlich 12,75 Prozent ist positiv hervorzuheben. Das hat gerade in der schwierigen Phase der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen beigetragen. Auch wenn es durch die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen im Verbundzeitraum erneut zu einem Aufwuchs des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund um rd. 85,6 Mio. Euro (+ 2,4 Prozent) kommt, benötigen die Kommunen dringend einen höheren Anteil an der Verbundquote, wie dies in anderen Bundesländern auch der Fall ist. Selbst Gemeinden, Städte und Märkte mit einer durchschnittlichen Steuerkraft, denen

(noch) keine Stabilisierungshilfen zur Rückführung ihrer Schulden gewährt werden können, müssen für einen ausgeglichenen Haushalt einen strikten Sparkurs fahren. Höhere Steuereinnahmen werden aufgrund der Umlagebelastungen zum großen Teil umverteilt. Notwendige Investitionen rechtzeitig und weitblickend zu tätigen ist vielerorts nicht möglich. Nur beispielhaft sei auf die Folgen des ab dem 1. August 2013 geltenden Anspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr und der Ausweitung der Ganztagesbetreuung an den Schulen hingewiesen. Die kommunalen Haushalte sind wegen steigender Betriebskosten noch mehr unter Druck geraten und deren Handlungsspielräume weiter eingeschränkt worden. Wir fordern deshalb einen weiteren kräftigen Schritt in Richtung der von uns angestrebten kommunalen Verbundquote von 15 Prozent zu tun.

Trotz der sich durch die Landtagswahlen ergebenden Verzögerung des Spitzengesprächs möchten wir auf die Bedeutung einer frühzeitigen Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungsbeträge hinweisen. Nicht nur, dass einige Kommunen ihre Haushalte gemäß den haushaltsrechtlichen Vorgaben noch im alten Jahr beschließen, werden im Hinblick auf die Kommunalwahlen im März 2014 viele Kommunen den Haushalt noch in den ersten beiden Monaten verabschieden. Für eine ausreichende Planungssicherheit benötigen die Kommunen aber die vorläufigen Schlüsselzuweisungsbeträge möglichst noch in diesem Jahr.

2. Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund

Die aktuell bei 51 Prozent liegende Verbundquote bitten wir wieder auf den einstigen Wert von 65 Prozent anzuheben. Dadurch sollen insbesondere die Rückstände im Bereich des kommunalen Straßenbaus und Straßenunterhalts und des ÖPNV abgebaut werden. Erhöhte Verkehrsbelastungen, strenge Winter, stets zunehmende Fahrzeugzulassungen, steigende Fahrgastzahlen und ständig steigende Kosten führen zu einer erheblichen Vernachlässigung des Straßenbaus und der Einrichtungen des ÖPNV. Die Pflege dieses öffentlichen Eigentums erfordert Investitionen im zweistelligen Milliarden-Euro-Bereich. Es gilt, die Verkehrsinfrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten sowie Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen zu schaffen.

Zusätzliche Einnahmen aus der Anhebung des kommunalen Anteils am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund müssen daher vor allem für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen verwendet werden, um den Rückstand abzubauen. Wichtig ist daher eine spürbare Erhöhung der Zuweisungen gem. Art. 13 a und b FAG (Beteiligungen, Straßenpauschalen und Winterdienst) um 30 Prozent. Hinsichtlich der ab 2010 gewährten pauschalen Zuweisungen aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund ist außerdem an eine zeitnahe Berücksichtigung der aktuellen Länge des Straßennetzes zu erinnern.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns den Hinweis, dass der Freistaat Bayern zum 01.01.2007 mit dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) die Zweckbindung zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gesichert hat. In den Förderkatalog des BayGVFG sollten jedoch auch Maßnahmen der Grunderneuerung (Instandsetzungen, Sanierungen) aufgenommen werden.

3. Investitionsförderung

Seit Auslaufen des Konjunkturpakets II hat sich die Bautätigkeit der Kommunen spürbar verringert. Im Jahr 2012 sind die Baumaßnahmen um knapp 10 Prozent auf 4.193 Mio. Euro zurückgegangen und das trotz erhöhter Investitionstätigkeit im Bereich der Kindertagesbetreuung. Es besteht deshalb weiterhin der Bedarf, die Zuweisungen für Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten usw. nach Art. 10 FAG stärker zu fördern. Konkret sollten die Fördermittel um 75 Mio. Euro auf 450 Mio. Euro angehoben werden. Ferner halten wir es für notwendig, dass die Fördersatzte bei Generalinstandsetzungen von gegenwärtig 35 Prozent auf den ursprünglichen Stand von 40 bis 45 Prozent angehoben werden, um den in den letzten Jahren entstandenen Investitionsstau zügig abbauen zu können. Daneben sind erforderliche Brandschutzmaßnahmen und die energetische Sanierung in die Förderung mit einzu beziehen. Die Hochbauförderung muss spätestens zwei Jahre nach Ende der Fertigstellung der Baumaßnahme abfinanziert werden, sofern sämtliche Förderunterlagen vorliegen.

Außerdem bitten wir um Anhebung der allgemeinen Investitionszuschüsse nach Art. 12 FAG. Der Bayerische Gemeinderat fordert zusätzlich, den Basiswert der sog. Mindestinvestitionszuschüsse nach Art. 12 Abs. 3 FAG auf einen Wert von 100.000 Euro zu erhöhen.

4. Zuweisung an die Bezirke nach Art. 15 FAG

Die Bezirke rechnen im Jahr 2014 bei der Eingliederungshilfe und bei der Hilfe zur Pflege mit einem weiteren Ausgabenanstieg von etwa 5 Prozent. Unter Berücksichtigung der nunmehr im Jahr 2014 vollständig vom Bund finanzierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Entlastung 2014 letztmals rund 50 Mio. Euro) ist eine Steigerung der Nettoausgaben in der Sozialhilfe von rund 100 Mio. Euro zu erwarten. Diese für 2014 insgesamt eher moderate Entwicklung ergibt sich aus der nochmaligen Kostenentlastung durch den Bund bei der Grundsicherung sowie auch durch die höchstrichterliche Entscheidung zum Schulgeld für Kinder mit Behinderungen, die in der Folge die Bezirke im laufenden Schuljahr entlastet. Ohne diese Einmaleffekte wird die weitere Ausgabenentwicklung, durch die Folgen der Inklusion, aber auch durch Anhebungen der Pflegesätze und die Fallzahlenentwicklung in den Folgejahren wieder deutlich stärker auf die Umlagezahler durchschlagen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer verstetigten Ausstattung der Finanzausgleichsleistungen an die Bezirke. Eine prozentuale



Beteiligung der Bezirke im allgemeinen Steuerverbund wird in Zusammenhang mit den Ergebnissen des Gutachtens zu den Schlüsselzuweisungen zu diskutieren sein. Ohne dieser Diskussion vorgreifen zu wollen, bitten wir die Zuweisungen an die Bezirke in 2014 entsprechend dem Zuwachs des allgemeinen Steuerverbundes, mindestens jedoch um 40 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt zu erhöhen.

5. Finanzzuweisungen nach Art. 7 FAG

Die letztmals zum 01.01.1999 aufgestockten Finanzzuweisungen decken in zunehmend geringerem Maß die entstehenden Kosten für die Erledigung der Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis. Aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten können die Kommunen mit den Pro-Kopf-Zuweisungen nicht einmal die Hälfte ihrer Kosten decken. So haben sich die Personalvollkosten seit der letzten Aufstockung im Jahr 1999 um etwa 20 Prozent erhöht. Deshalb ist eine Aufstockung in dieser Höhe gerechtfertigt. Ziel ist eine Kostendeckung von mindestens 80 Prozent.

6. Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung auf 80 Prozent

Durch die Schulreformen im Bereich der Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien ist ein weiterer Anstieg der Beförderungsleistungen unausbleiblich. Hinzu kommen die ansteigenden Beförderungskosten, verursacht durch höhere Treibstoffpreise und Personalkosten. Die bisherige Erstattungsquote von 60 Prozent ist unzureichend, eine Anhebung auf 80 Prozent notwendig. Dies umso mehr, als die Kostenfreiheit des Schulweges eine staatliche Entscheidung ist, die nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden darf.

7. Grunderwerbsteuerverbund

Der Kommunalanteil am Grunderwerbsteueraufkommen wurde 1997 von zwei Drittel auf 8/21 verändert. Ausschlaggebend für diese deutliche Umstellung waren der Wegfall der Vermögensteuer und die damit verbundenen Steuereinbußen für das Land. Von den Aufkommenssteigerungen hat seither das Land überproportional profitiert. Im Zeitraum von 2002 bis 2012 stieg das Steueraufkommen um rd. 38,5 Prozent auf 1.202 Mio. Euro, weshalb die Anhebung des Kommunalanteils auf mindestens 50 Prozent geboten erscheint.

8. Krankenhausfinanzierung

Die letztjährige Erhöhung bei der Krankenhausförderung auf 500 Mio. Euro sollte beibehalten werden. Da in den letzten Jahren die medizinische Forschung weiter vorangeschritten ist und deshalb immer komplexere Behandlungsmethoden möglich sind, haben sich die Kosten für die dafür notwendigen medizinischen Geräte deutlich erhöht. Künftige Erhöhungen bei der Krankenhausfinanzierung sollten deshalb für die Förderpauschalen verwendet werden.

9. Sonderstrukturhilfeprogramm

Mit den 2013 ausgereichten Stabilisierungshilfen in Höhe von 82 Mio. Euro wurde ein Schritt zur Hilfe von Kommunen mit besonderen strukturellen Härten getan. Wir weisen aber darauf hin, dass die in diesem Jahr um 74,4 Mio. auf 100 Mio. Euro erfolgte Anhebung bei den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen allein von den Kommunen als Vorwegabzug aus dem kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund und damit zu Lasten der Schlüsselzuweisungen finanziert wurde. Eine dauerhafte Finanzierung über den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund wird abgelehnt. Hier ist der Freistaat mit eigenen Mitteln gefordert.

Trotz intensiver Anstrengungen zur Bewältigung der Demografieprobleme und struktureller Härten, etwa der Ausdehnung des Demografiefaktors bei der Schlüsselzuweisungsbeurteilung und dem Stabilisierungshilfeprogramm, kann mit den herkömmlichen Mitteln des Finanzausgleichs gerade im nordostbayerischen Raum eine dauerhafte Lösung der dortigen Probleme kaum erreichbar sein. Die Kommunalen Spitzenverbände halten deshalb ein Sonderstrukturhilfeprogramm außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs für unverzichtbar. Ein solches Strukturhilfeprogramm darf nach Auffassung der Kommunalen Spitzenverbände nicht nur auf reinen Geldfluss ausgerichtet sein, sondern muss eine aktive Regional- und Strukturpolitik zum Ziel haben. Der Schwerpunkt ist dabei auf die Infrastruktur im Bereich Straße, Schiene und Breitband zu legen. Notwendig ist außerdem eine konsequente Dezentralisierung von Behörden. Zentraler Bestandteil einer solchen Regional- und Strukturpolitik muss u. a. auch die Ansiedlung von Hochschulen und Ausgründungen von Forschungs- oder Lehrinrichtungen der Hochschulen in kleineren Städten sein. Mit Hilfe eines Sonderstrukturhilfeprogramms kann der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum und den damit für die Kommunen einhergehenden fiskalischen Folgen gegengesteuert werden.

Sehr geehrter Herr Dr. Söder, finanziell handlungsfähige Kommunen sind die beste Visitenkarte des Freistaats. Steigende Sozialausgaben, bestehender und weiter wachsender Investitionsbedarf in die kommunale Infrastruktur sowie die Herausforderungen bei der Energiewende und dem Breitbandausbau erfordern eine entsprechende Weichenstellung im kommunalen Finanzausgleich 2014.“

Landrätetagung im Landkreis Erlangen-Höchstadt

Die 45. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags fand heuer in Herzogenaurach im Landkreis Erlangen-Höchstadt statt. In der mittelfränkischen Sportstadt erörterten die bayerischen Landräte Themen wie Asyl, Krankenhausfinanzierung, medizinische Versorgung und Social Media.

Im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung des Asylbewerberzustroms forderte der Präsident Jakob Kreidl Anstrengungen der gesamten Gesellschaft und des Staates. Die Kommunen dürften hier nicht allein gelassen werden. Von allen Beteiligten, insbesondere dem Freistaat Bayern, werde erwartet, dass Wohnraum schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werde.

Die Wahrung des Grundrechts auf Asyl erfordere ein schnelles Asylverfahren vergleichbar dem der 90er Jahre. Gleichzeitig sei die notwendige soziale Betreuung effektiver zu organisieren. Die Landkreise seien bereit, die Betreuungsaufgaben selbst zu übernehmen, wenn sie dafür die Kosten vollständig durch den Freistaat erstattet bekommen.

Die Landräte beschlossen folgende **Forderungen** zur Asylpolitik **an die Staatsregierung**:

„Die Prognosen für die Zuwanderung von Asylsuchenden in Bayern für den bevorstehenden Winter belaufen sich auf bis zu 2.000 Personen pro Monat. Damit wird ein Niveau wie Mitte der 1990er Jahre erreicht. Die derzeitige Struktur, Platzzahl und Ausstattung der Unterbringungsmöglichkeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in Bayern bleiben jedoch hinter den seinerzeitigen Kapazitäten weit zurück und reichen für den stetig wachsenden Zustrom nicht aus. Auch die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung durch die Landratsämter sind vielfach erschöpft. Im Interesse einer menschenwürdigen Bewältigung der anstehenden Aufgaben sind gemeinsame Anstrengungen von Staat, Kommunen und Bevölkerung erforderlich. Die bayerischen Landräte fordern die Staatsregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es müssen kurzfristig zusätzliche Kapazitäten in weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen mit dem Ziel geschaffen werden, die Aufnahmekapazitäten dauerhaft zu erhöhen.
2. Bund und Freistaat werden dringend aufgefordert, möglichst kurzfristig für eine Nutzung leer stehender Immobilien, z. B. Kasernen, als Gemeinschaftsunterkünfte zu sorgen. Von allen Beteiligten, namentlich der Immobilien Freistaat Bayern, den Regierungen und den Kommunen wird erwartet, dass geeignete Objekte in ausreichender Zahl als Asylbewerberunterkünfte nutzbar gemacht werden. Die Möglichkeiten von Unterkünften in Modulbauweise und

der Betrieb durch Dritte gegen Kostenerstattung sind verstärkt zu nutzen.

3. Die Wahrung des Grundrechts auf Asyl erfordert ein zügiges Asylverfahren. Dazu müssen alle beteiligten Stellen umgehend mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Das gilt besonders für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Regierungen und die staatlichen Stellen an den Landratsämtern.
4. Asylbewerber, die keine hinreichende Aussicht auf ein Bleiberecht haben, sind vorrangig in Erstaufnahmeeinrichtungen und nicht dezentral unterzubringen.
5. Die soziale Betreuung für Asylbewerber bei dezentraler Unterbringung ist deutlich auszuweiten. Die Landräte fordern, diese Betreuungsaufgabe in eigener Zuständigkeit erfüllen zu können. Die entstehenden Kosten sind vom Freistaat zu erstatten.“

Über die **Krankenhausfinanzierung** und die medizinische Versorgung in Stadt und Land diskutierten die Landräte mit **Johannes Wolff** vom Berliner GKV-Spitzenverband. Die druckfrische Studie der Innovationsstiftung Bayerische Kommune stellte **Professor Dr. Jörn von Lucke** von der Zeppelinuniversität Friedrichshafen (siehe auch weiteren Beitrag auf Seite 20) vor. Nachdenkliches über das Thema „Zeit“ trug **Abt Dr. Marianus Bieber** von der Benediktinerabtei Niederaltaich vor. Schließlich informierte **Bernhard Schwab**, Leiter Ausbildung Herzogenaurach und Berufsbildung von der Schaeffler AG, über Möglichkeiten und Erfahrungen, den Eintritt von Jugendlichen in das Berufsleben zu begleiten.

Die Perspektiven für die Landkreise nach den Wahlen zeigte **Präsident Jakob Kreidl** in seiner nachstehend abgedruckten Rede auf, die Innenstaatssekretär **Gerhard Eck** in Vertretung des Bayerischen Innenministers erwiderte.

Perspektiven der bayerischen Landkreise

Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags
Frei gehaltene Rede

Ein herzliches Grüß Gott. Ich begrüße ganz herzlich den Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Gerhard Eck. Lieber Gerhard, herzlich willkommen.

Die Überschrift des heutigen Vormittags lautet „**Perspektiven für die Landkreise nach den Wahlen**“. Wir stehen am Anfang der Legislaturperioden in Bund und Land. Es ist eine bewegte Zeit und auf uns warten große Aufgaben und Herausforderungen. Beispielsweise Asyl, Energiewende, Breitbandausbau und dergleichen mehr. Um so wichtiger ist es, dass wir die Weichen neu stellen, dass wir uns aktiv einbringen.



„Ich will die Heimat als Gegenpol zur Globalisierung stärken. Ich will in Zukunft so viel kommunale Selbstverwaltung wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie nötig. Ich will, dass sich der neue Heimatminister für eine stabile Einnahmehasis der Kommunen einsetzt und wichtige Querschnittsaufgaben übernimmt.“

Diese drei Aussagen stammen nicht von Eurem Präsidenten, sondern vom **Ministerpräsidenten Horst Seehofer**. Er hat sie bei unserer Jahrestagung in Altötting getan – und jetzt geht es darum, dass diese Aussagen mit Leben erfüllt werden. Wir erwarten, dass geliefert wird und wir freuen uns, dass wir schon erste Signale – hinsichtlich der Ressortzuschnitte – vernennen konnten. Es sind zwei sog. **Superministerien** gebildet worden. Wir haben jetzt ein neues **Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und für Heimat**, in dem wichtige Aufgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums gebündelt werden. Und im **erweiterten Wirtschaftsministerium** ist der gesamte Bereich Energie verortet. Die Bündelung der Energiewende war eine langjährig Forderung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir erwarten natürlich auch, dass im Zuge der **Subsidiarität** Aufgaben auf die Landkreise und Landratsämter verlagert werden. Wir sind bereit, diese Aufgaben zu übernehmen. Beispiel: **Landesentwicklung**. Unser Kollege Hermann Steinmaßl war der entscheidende Wortführer. Um das Anbindegebot gab es zahlreiche Diskussionen. Wir hoffen, dass wir mit dem nun zuständigen Staatsminister Dr. Markus Söder mehr erreichen. Jetzt werden wir einfordern, dass Aufgaben der höheren Landesplanungsbehörde auf die Landratsämter und damit auf die untere Landesplanungsbehörde verlagert werden. Wir brauchen **mehr Zuständigkeiten** und benötigen **mehr Abwägungsspielraum**.

Was uns wirklich auf den Nägeln brennt, ist, dass die Landratsämter, wenn sie mehr **Aufgaben** übertragen bekommen, so gut wie kein **zusätzliches Personal** erhalten. So kann es nicht weitergehen! Mit der Heimaufsicht, dem Betreuungsgesetz, der Industrieemissionsrichtlinie, den Gutachterausschüssen, der Asylbetreuung haben wir viele zusätzliche Aufgaben, aber kein entsprechendes Personal erhalten. Das können wir aus eigener Kraft nicht mehr schultern, da brauchen wir die **staatliche Unterstützung**. Es kann doch nicht angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie 50 zusätzliche Umweltingenieure notwendig wären und wir nur fünf Stellen bewilligt bekommen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass hier eine völlige Schiefelage entstanden ist.

Ein weiteres Thema: **Breitbandausbau**, Stichwort „schnelles Internet“. Diese Datenautobahn ist gerade für den ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor. Wo befinden wir uns auf der Datenautobahn? Auf der Einfädelungsspur oder auf der Standspur? Wir kommen nicht voran, da man schon von einer fast flächendeckenden Versorgung spricht, wenn 1 Megabit

pro Sekunde erreicht wird. Das ist aber nicht mehr zeitgemäß, das ist eine viel zu geringe **Übertragungsgeschwindigkeit**. Wir müssen flächendeckend 50 Megabit pro Sekunde erreichen; nur dann können wir im ländlichen Raum die Standortbedingungen so verbessern, dass die Menschen dort bleiben, dass sich Firmen ansiedeln, dass dort Arbeitsplätze entstehen. Hierzu brauchen wir Unterstützung – und das völlig überbürokratisierte Antragsverfahren mit insgesamt 19 Punkten muss endlich weg. Ganze zwei Gemeinden haben bisher einen genehmigten Antrag. Von 500 Mio. Euro, die die Landtagsfraktion bzw. die Staatsregierung für den Ausbau zur Verfügung gestellt hat, sind bisher nur 4 Mio. abgerufen worden. Das **Antragsverfahren** gehört weg – mit der EU muss entsprechend verhandelt werden.

Was muss man für den Bereich Breitband noch tun? Die **Glasfaserstrecken** sind auszubauen, damit eine Leistung von 50 Megabit pro Sekunde flächendeckend erreicht werden kann. Der Staat muss einzelnen Gemeinden beim Ausbau überregionaler Strecken und den entsprechenden Ausschreibungen helfen und die Landkreise vor Ort sollten das Ganze koordinieren.

Ein weiterer Punkt sind natürlich die **Finanzen**. Deshalb ist es auch gut, dass die Themen Heimat und Landesentwicklung dort angesiedelt worden sind, wo das Geld ist. Wir erwarten im Hinblick auf Finanzausstattung und Finanzausgleich, dass der eingeschlagene Weg weitergegangen wird. Ich habe mit dem Finanzminister vereinbart, dass im **Dezember** noch die **Finanzausgleichsverhandlungen** stattfinden, damit die kommunalen Haushalte noch in diesem oder gleich zu Beginn des neuen Jahres verabschiedet werden können. Auf die Äußerung des Finanzministers, dass die **FAG-Mittel** nicht mehr so hoch sein werden, weil die Einnahmen und die Steuerkraft so stark angestiegen seien, habe ich entgegnet, dass die Bezirksumlage und andere Ausgaben angestiegen sind.

Ich werde alles tun, damit wir auch beim **Finanzausgleich** für das Jahr 2014 entscheidende Verbesserungen erreichen. Die **Ausgaben** sind so gestiegen, dass auch die Einnahmen zunehmen müssen. Ich strebe eine weitere Anhebung des Verbundsatzes von 12,75 % an. 0,1 Prozentpunkte bedeutet 28 Mio. mehr für die Kommunen, die dauerhaft gesichert sind und eine stabile Einnahmehasis bieten. Weitere Schwerpunkte werde ich – in Absprache mit dem Finanzausschussvorsitzenden Gebhard Kaiser – beim Straßenausbau, beim Straßenunterhalt, bei der Schülerbeförderung und im kommunalen Hochbau setzen. Ziel ist ein Umlagesatz von 15 %. Dies zur **Einnahmeseite**.

Genauso wichtig ist aber die **Ausgabenseite** und auch hier müssen wir entlastet werden. Mit großem Nachdruck fordere ich das **Bundesleistungsgesetz**. Die Kommunen müssen bei der Eingliederungshilfe unbedingt entlastet werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich habe gehört, dass in den Koalitionsverhandlungen in Berlin die **Drittel-**

lösung in den Koalitionsvertrag fest geschrieben werden soll. Ein Drittel der Kosten wird dann künftig der Bund übernehmen, ein Drittel das Land und ein Drittel bleibt dann bei uns. Das würde eine ähnliche Entlastung der Landkreise und der Kommunen bringen, wie damals die Grundsicherung für Arbeit in Höhe von 4 Milliarden. Die geplante Drittelösung bedeutet eine weitere Entlastung der deutschen Kommunen um 4 Milliarden, davon 800 Mio. Euro für die bayerischen Kommunen. Das wäre mehr als nur der berühmte Silberstreif am Horizont!

Einen weiteren wichtigen Punkt haben wir schon diskutiert: **Krankenhauswesen** und den **Erhalt kommunaler Krankenhäuser**. Bei den Ausführungen des GKV-Vertreters ist deutlich geworden, dass dieser die Problematik rein betriebswirtschaftlich sieht; andere Gesichtspunkte – wie das Wohl der Patienten – werden außer Acht gelassen. Wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen und aufpassen, dass die bewährten Strukturen in Bayern erhalten bleiben. Sicher gibt es einige Häuser, bei denen eine Zusammenlegung sinnvoll wäre; aber im Großen und Ganzen haben wir **bewährte Strukturen**. Die Investitionskostenförderung in Höhe von 500 Millionen muss beibehalten werden. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen und bei der Betriebskostenfinanzierung werden wir uns um weitere Entlastungen bemühen.

Lassen Sie mich noch zwei Themen ansprechen: **Energiewende** und **Asylproblematik**.

Bei der **Energiewende** wurde Einiges erreicht, insbesondere hinsichtlich der **Energieerzeugung**. Wer hätte das gedacht, dass ein Drittel des Stroms durch regenerative Energien erzeugt werden kann? Aber es hat auch gravierende Fehlentwicklungen gegeben, vor allem in Bezug auf den **Leitungsausbau**.

Zur Koordinierung benötigt man dringend einen **Masterplan für Deutschland und für Bayern**, damit nicht dort Energie erzeugt wird, wo sie weder gebraucht wird noch weitergeleitet werden kann. Hierzu ein krasses Beispiel: Das größte Solarkraftwerk in Deutschland liegt an der Lausitz, wo es keine Leitungen gibt, die die erzeugte Energie abführen können. Es wird noch zehn Jahre dauern, bis in ausgebauten Leitungen die Energie direkt und vollständig beim Verbraucher ankommt. Solche Fehlinvestitionen dürfen künftig nicht mehr passieren! Das muss besser koordiniert werden. Es ist gut, dass jetzt in Bayern alles **in einer Hand** liegt, im Wirtschafts- bzw. Energieministerium.

Masterpläne für die **Energieerzeugung** und -speicherung müssen entwickelt werden. Man darf es nicht bei der Energieerzeugung belassen, ebenso wichtig sind die **Energieeffizienz** und die **Energieeinsparung**. Wir fordern, dass gerade für energetische Gebäudesanierung steuerliche Erleichterungen geschaffen und Abschreibungsmöglichkeiten eingeführt werden. Nur dann wird der private Hauseigentümer das überhaupt finanzieren können.

Zusätzlich muss mehr Energie eingespart und effizienter genutzt werden. Hierzu werden wir unseren Beitrag leisten. Wir wollen uns auch an der **Energieerzeugung** beteiligen, allerdings nicht gegen, sondern mit den Gemeinden. Nur **subsidiär**, weil die Situation vor Ort völlig unterschiedlich ist. Es gibt Gemeindewerke, die gut funktionieren und die den Landkreis nicht benötigen. Es gibt aber andere Regionen, in denen die Gemeinden die Energieerzeugung selbst nicht schultern können und die Hilfe des Landkreises benötigen. Hierzu müssen wir intensiv mit dem Gemeindetag, der hier eine völlig andere Meinung vertritt, diskutieren.

Ein letzter Punkt: **Asylpolitik**. Dieses Thema wird zu einem immer drängenderen Problem. Es steht für uns außer Zweifel, dass man den Menschen, die zu uns kommen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil Leib und Leben bedroht waren, aus rein humanitärer Sicht helfen und dass man ihnen eine menschenwürdige Unterbringung bieten muss. Aber auch hier gilt, das kann man nicht alleine den Landkreisen überlassen. Hier brauchen wir die Unterstützung des Staates. Seit Monaten suchen wir händeringend **dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten**. Das führt jetzt dazu, dass exorbitante Preise bezahlt werden müssen. Ich habe von Beispielen aus der Landeshauptstadt München gehört, dass pro Wohnung und Monat 2.800 Euro bezahlt werden müssen. Außerdem können wir die Unterkünfte nicht aus dem Hut zaubern. Wir haben deshalb ein **Forderungspapier an die Bayerische Staatsregierung** verabschiedet. Die fünf Punkte will ich nochmal kurz zusammenfassen.

Zum einen muss die Zahl der **Erstaufnahmeeinrichtungen** erhöht werden. Wir hatten 1995 noch neun Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern. Diese sind auf zwei zurückgeführt worden. Deshalb müssen die Flüchtlinge über das ganze Land verteilt werden.

Die **bürokratischen Hürden** müssen abgebaut werden, wenn es darum geht, dass z. B. Bundeswehrkasernen, leer stehende Immobilien genutzt werden.

Außerdem sind die **Asylverfahren abzukürzen**. Aktuell dauert es im Schnitt ein Jahr, bis über einen Asylantrag entschieden wird. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist mit ausreichend Personal auszustatten.

Schließlich dürfen die Asylbewerber, die keine Aussicht auf ein **Bleiberecht** haben, nicht über das Land verteilt werden, sondern müssen in den zentralen Einrichtungen bleiben. Zu bedenken ist, dass nur 30 % anerkannt werden. Das heißt, dass 70 % irgendwann wieder in ihre Heimat zurück müssen.

Und schließlich ein fünfter und letzter Punkt: die **Asylbewerber-Sozialarbeit**. Auch hier muss uns der Staat mit Geld und Personal unterstützen. Bis jetzt bestreiten wir dies aus eigenen Mitteln. Außerdem sind wir bereit, diese Aufgabe eigenver-

Freuen sich auf die Landrätetagung in Erlangen-Höchstadt (v.l.n.r.): Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, Erster Vizepräsident Roland Schwing, Präsident Jakob Kreidl, gastgebender Landrat Eberhard Irlinger und Zweiter Vizepräsident Herbert Eckstein.



Landrat Eberhard Irlinger führt in die Landrätetagung ein.



Der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Herbert Eckstein, führt in die Tagungsthemen ein.



antwortlich zu erfüllen, wenn wir das notwendige Geld erhalten. Eine Zwischenschaltung der Wohlfahrtsverbände wäre nicht mehr notwendig.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung. Wir packen gemeinsam an, dann werden wir sicherlich auch die Chancen, die sich uns jetzt bieten, auch gut nutzen können. Dankeschön.

Rede anlässlich der Landrätetagung in Herzogenaurach

Gerhard Eck, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr

Manuskriptfassung

I. EINLEITENDE WORTE

Anrede!

Gerne bin ich heute in **Vertretung** unseres bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** und von Herrn Innenminister Herrmann zur **45. Landrätetagung** zu Ihnen ins mittelfränkische **Herzogenaurach** gekommen, um über wichtige Zukunftsthemen zu sprechen.

Meine Damen und Herren, es liegen **große Herausforderungen** vor uns, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb ist mir der kontinuierliche Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Ihnen so wichtig, gerade auch **bei den künftigen Regierungsprogrammen von Bund und Land**.

II. DEMOGRAPHISCHER WANDEL, LEP

Ein ganz **zentrales Thema** der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird die Bewältigung der Folgen des **demographischen Wandels** sein.

Ihnen ist die Einrichtung eines **neuen Ministeriums** der Finanzen, für Landesentwicklung **und Heimat**, das auch die Aufgabe hat, die Aktivitäten Bayerns zu den kommenden demographischen Herausforderungen zu koordinieren, nicht entgangen. Ich sehe hier auch ein **Signal zur Stärkung kommunaler Belange, gerade im ländlichen Raum**.

Zudem wurde nach dem jüngsten Volksentscheid zur Änderung der Bayerischen Verfassung die **Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen** in ganz Bayern – **in Stadt und Land!** – zum Staatsziel erhoben.

Soweit eingewandt wurde, mit einer solchen Verfassungsänderung werde nur folgenlose Symbolik betrieben, ganz so

einfach kann man das nicht abtun. Eine **Staatszielbestimmung** ist **kein unverbindliches Lippenbekenntnis**, sondern **bindendes objektives Verfassungsrecht**, das von allen Staatsorganen zu beachten ist. An ihr sind die Handlungen von Staat und Kommunen zu messen. Zu ihrer Verwirklichung **ziehen** die bayerischen Landkreise und die Bayerische Staatsregierung **an einem Strang**.

Der **demographische Wandel** ist auch ein Schwerpunkt unseres neuen LEP (2013). Es setzt sich zum Ziel: **„Entwicklungschancen nutzen, Werte und Vielfalt bewahren, Lebensqualität sichern“**.

Um es **konkret** zu sagen, wir haben

- dauerhaft qualifizierte **Arbeitsplätze** vor Ort zu **schaffen** und zu **erhalten**,
- die **Versorgung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sichern** (z.B. Schulen, Krankenhäuser, ÖPNV) und
- ein **attraktives Arbeits- und Lebensumfeld** zu bewahren und auszubauen, insbesondere für Auszubildende, Kinder, ältere Menschen u.a. Ich denke da z.B. an Projekte wie das „Mehrgenerationenhaus Dorflinde“ in Langenfeld in Mittelfranken.

Dies können wir dadurch erreichen, dass die **Bevölkerungsentwicklung** und die **Altersstruktur** der Bevölkerung **frühzeitig bei räumlichen Planungsentscheidungen berücksichtigt werden**.

III. STÄRKUNG DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPIES

Das **Subsidiaritätsprinzip** soll **gestärkt** werden. Was eine untere Ebene sinnvoll erledigen kann, soll keine höhere Ebene machen. Daher sollen nach Möglichkeit **weitere staatliche Aufgaben** auf die Ebene der **Landkreise** oder die **Gemeinden übertragen** werden. Die **Kooperation** zwischen Landkreisen und unter Gemeinden **soll** zur Nutzung von Synergieeffekten für den Verwaltungsvollzug **verstärkt werden**.

IV. FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN

Wenn wir **Menschen** in ländlichen Regionen **halten** wollen, müssen sie dort ein **attraktives Lebensumfeld** vorfinden. Um dies bieten zu können, müssen wir auch für eine **angemessene Finanzausstattung** der Kommunen sorgen. Denn ein **starker Freistaat braucht starke Kommunen** und starke Kommunen wiederum eine **gute Finanzausstattung**.

Der **kommunale Finanzausgleich 2013** wurde – so meine ich – ausgezeichnet ausgeführt. Insgesamt erhalten unsere bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke heuer **7,8 Milliarden Euro**.

Wir haben die reinen Landesleistungen um **539 Millionen Euro** erhöht. Das bedeutet einen Anstieg um **7,9 Prozent**.



Erster Bürgermeister Dr. German Hacker stellt die multinationale Stadt Herzogenaurach vor.



Johannes Wolff erläutert die Positionen des GKV-Spitzenverbandes zur Krankenhausfinanzierung und medizinischen Versorgung in Stadt und Land.



Abt Dr. Marianus Bieber reflektiert den Umgang mit der Zeit in unserer Gesellschaft.



Prof. Dr. Jörn von Lucke gibt einen Überblick über die neue Studie zum Thema „Web 2.0“.

Ich denke Sie stimmen mir zu: Das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Dabei setzen wir **klare Signale** für **strukturschwächere Kommunen** und für **Investitionen**:

- Die **Schlüsselzuweisungen erhöhen sich um 208 Millionen Euro auf 2,9 Milliarden Euro**. An die **Landkreise** fließen in diesem Jahr allein an **Schlüsselzuweisungen** insgesamt **1,04 Milliarden Euro**. Das sind rund 75 Millionen Euro oder **7,8 % mehr** als im Jahr **2012**.
- Die **Verbundquote** am Allgemeinen Steuerverbund steigt von 12,5 % auf 12,75 %. Das bedeutet eine **dauerhafte strukturelle Verbesserung** für unsere Gemeinden und Landkreise. Gemeinsam mit den Kommunen ziehen wir Konsequenzen für die Stärkung des ländlichen Raums bei der **Einwohnergewichtung**: Der Eingangssatz bis 5.000 Einwohner steigt im Jahr 2013 von 108 % auf 112 %. Der **Großstadtzuschlag** ab 500.000 Einwohner **entfällt** künftig.
- Auch bei der **Aufstockung** der Bedarfszuweisungen und der neuen **Stabilisierungshilfen** auf **100 Millionen Euro** wird deutlich: Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner **aller** Kommunen.
- Der Ansatz für die **Krankenhausfinanzierung steigt** im Jahr 2013 um **70 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro**.
- Die **Zuweisungen** für den **Bau** von **Schulen** und **Kindertagesstätten** werden **um 30 Millionen Euro auf 376 Millionen Euro** angehoben.
- Die **Mittel** für den **Straßenbau** und **Straßenunterhalt** **erhöhen sich um 32 Millionen Euro auf 276 Millionen Euro**.
- Die **Investitionspauschale steigt** um **60 Millionen Euro auf 315 Millionen Euro**. Allein 40 Millionen Euro kommen dabei einer deutlichen Anhebung der Mindestinvestitionspauschale zugute.

Für den **kommunalen Finanzausgleich 2014** kann ich Ihnen **versichern**, dass die Bayerische Staatsregierung **die Sorgen und Nöte aller kommunalen Ebenen ernst nehmen wird**.

Über die **finanzielle Ausgestaltung** des kommunalen Finanzausgleichs werden wir im **jährlichen Spitzengespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden beraten**. Wir wollen dabei versuchen, die Leistungen auf dem heutigen Rekordniveau zu verstetigen beziehungsweise auch bedarfsgerecht anzupassen.

Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang ist die

jüngste Änderung der Bayerischen Verfassung betreffend die Finanzausstattung der Kommunen.

Die Bayerische Staatsregierung hat es nachdrücklich unterstützt, den **Anspruch** der **Gemeinden** und **Gemeindeverbände** auf eine angemessene **Finanzausstattung** auch **in der Verfassung** deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die neu geschaffene Regelung knüpft nahtlos an die **Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs** an. Sie trägt dem besonderen **Gewicht** der kommunalen **Finanzhoheit Rechnung**.

V. KRANKENHAUSFINANZIERUNG

Der **demographische Wandel** berührt ein **weiteres Thema**: das Gesundheitswesen. Unser **Ziel** ist es, in ganz **Bayern** auch **künftig** eine **Versorgung** auf höchstmöglichem Qualitätsniveau zu **gewährleisten**.

Dass dies **auch Ihnen**, meinen Damen und Herren eine **Herzensangelegenheit** ist, haben Sie jüngst durch das **gemeinsame Positionspapier** der kommunalen **Spitzenverbände** zur **Sicherstellung** der **medizinischen Versorgung durch kommunale Krankenhäuser** zum Ausdruck gebracht.

Gerade die **Krankenhäuser** in der Verantwortung der **Landkreise** und kreisfreien Städte bilden mit einem **Anteil von ca. 70%** der Bettenkapazitäten im Krankenhausplan das Rückgrat der Krankenhausversorgung in Bayern.

Der **Freistaat** hat daher dem **Bund** jüngst **erhebliche finanzielle Leistungen** im Bereich der **Krankenhausvergütung abgerungen**. Durch die beschlossenen Maßnahmen erhalten die Krankenhäuser eine **Soforthilfe** in Höhe von insgesamt **rund 1,1 Milliarden Euro** für die Jahre 2013 und 2014. Davon entfallen **rund 165 Millionen Euro** auf **Bayern**. Ich kann Ihnen auch im Namen meiner Kollegin Frau Staatsministerin Melanie Huml **versichern**, dass die **Bayerische Staatsregierung** sich beim Bund auch weiterhin für eine **nachhaltige Vergütungslösung einsetzen** wird.

Was die **Finanzierung** von **Krankenhausbauvorhaben** durch den **Freistaat Bayern** betrifft, konnte der von den Krankenhausträgern **angemeldete Mittelbedarf seit Jahren voll abgedeckt** werden.

Die **Abschaffung** der **örtlichen Beteiligung** bei Investitionsmaßnahmen an kommunalen Krankenhäusern soll im Rahmen des **Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2014 (mit Wirkung ab 01.01.2014)** **umgesetzt** werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bayerischen Landtags zu dieser Gesetzesänderung fällt damit bereits bei den Förderleistungen aus dem Bauprogramm 2014 keine örtliche Beteiligung mehr an. Da damit dieser Beitrag zum hälftigen **Kommunalanteil** an den Krankenhausinvestitionsfördermitteln entfällt, ist er anschließend vollumfänglich über die

von den **Landkreisen** und **kreisfreien Städten** zu leistende **Krankenhausumlage** aufzubringen.

Als Staatssekretär im **Kommunalministerium** werde ich zusammen mit meinem Kollegen **Markus Söder** und meiner **Kollegin Melanie Huml** auch in der neuen Legislaturperiode **die kommunalen Belange im Auge haben**.

VI. KOMMUNALSTRASSENFÖRDERUNG

Zum Thema Kommunalstraßenförderungen habe ich **gute Nachrichten**:

Unser **zähes Ringen** mit dem **Bund** hat sich **gelohnt**. Er **zahlt** die **Entflechtungsmittel** an die Länder nun in unveränderter Höhe **bis 2019** weiter. Das bedeutet Planungssicherheit, mehr Spielraum für neue Projekte und höhere Fördersätze. Der **Ausgangsfördersatz für Straßenbauprojekte** wurde **von 40% auf 50% angehoben**.

Die Landkreise haben inzwischen ihre geplanten Förderprojekte für 2014 an die Regierungen gemeldet. Wir werden **alle Projekte in das Förderprogramm BayGVFG aufnehmen** können.

Daneben helfen wir den Landkreisen aus dem sog. **Sonderbaulastprogramm**, das aus dem FAG gespeist wird, beim Umbau von Kreuzungen mit Staatsstraßen. Hier sind die **Fördersätze mit ca. 80 %** der förderfähigen Kosten **besonders attraktiv**. Zusätzlich kann die Planung gefördert werden, soweit sie vom Landkreis erbracht wird.

VII. EUROPA, ENERGIE

Dass es sich **lohnt, mit den vereinten Kräften der kommunalen Familie und der Bayerischen Staatsregierung** an einen Strang zu ziehen, zeigt das Beispiel der gemeindlichen

Trinkwasserversorgung. Die **EU-Kommission** wollte sie **zusammen mit der Abwasserentsorgung** in die Richtlinie zur Konzessionsvergabe aufnehmen. Unserer **gemeinsamen Überzeugungsarbeit** ist es zu verdanken, dass die Kommission von ihrem Regelungsvorschlag Abstand genommen hat.

Ich versichere Ihnen, dass ich mich stets mit Nachdruck dafür einsetzen werde, dass die EU das **Subsidiaritätsprinzip** wahrt und der den Mitgliedstaaten zustehende **weite Ermessensspielraum** hinsichtlich der **Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse** gewährleistet ist.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass die geplante **EU-Bankenaufsicht nicht auf unsere Sparkassen erstreckt** wird. Hier ist eine solche Kontrolle nicht notwendig. Die Sparkassen sind am besten durch die Finanzkrise gekommen, weil sie nicht spekuliert, sondern sorgsam gewirtschaftet haben.

Meine Damen und Herren: Dass der Freistaat Bayern im **vergangenen Jahr** für seine herausragenden Leistungen beim Umbau der Energieversorgung von der Agentur für Erneuerbare Energien mit dem **Leitstern als Aufsteiger** ausgezeichnet und damit im **bundesweiten Ländervergleich** zum „**TOP-Aufsteiger**“ **des Jahres** gekürt wurde, ist auch auf den wichtigen Beitrag der Landkreise zur Energieberatung zurückzuführen.

VIII. UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN

Lassen Sie mich noch auf ein weiteres Thema eingehen: Die Unterbringung von Asylbewerbern stellt **Freistaat wie Kommunen** derzeit vor **große Herausforderungen**. Kamen im Jahr 2007 nur 19.000 Asylbewerber nach **Deutschland**, werden es in diesem Jahr nach neuesten Prognosen **bis zu 120.000** Asylbewerber sein, ein Zugang wie zuletzt im Jahr

Über wichtige Zukunftsthemen aus dem Innenministerium informiert Staatssekretär Gerhard Eck das Auditorium.



1996. Auf **Bayern** heruntergebrochen bedeutet dies, dass in diesem Jahr **bis zu 18.000** Personen untergebracht werden müssen.

Dieser **Aufgabe** müssen wir uns **gemeinsam stellen**. Unter Hochdruck **baut** der **Freistaat Bayern** derzeit die **Kapazitäten** der Gemeinschaftsunterkünfte **aus**: Wir rechnen in diesem Jahr mit bis zu **2.100 neuen Plätzen**.

Trotz aller Bemühungen bleibt es **unvermeidbar**, den **Kreisverwaltungsbehörden** Asylbewerber zu Unterbringung **direkt zuzuweisen**.

Die **Schaffung neuer Unterkünfte** führt oft zu **Konflikten** in der Gemeinde und ist nicht leicht durchzusetzen. Meine Bitte geht daher an **Landkreise** und **Gemeinden**, geeignete **Grundstücke** und **Liegenschaften** zu **finden**. Unterkünfte, die groß genug sind, können von den Regierungen **in staatliche Verwaltung übernommen** werden.

Die **Mittel** für die **Asylsozialberatung** wurden bereits im **letzten Jahr** mit **2,64 Millionen Euro** beinahe **verdoppelt** und **2013** um weitere **715.000 Euro aufgestockt**. Sie stehen jetzt auch für die Unterbringung durch die Landkreise zur Verfügung.

Eine entscheidende **Entlastung** kann es aber nur durch eine **deutliche Verkürzung der Asylverfahren** beim **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** geben. Wir wollen in den **Koalitionsverhandlungen** eine **deutliche Personalaufstockung** beim Bundesamt erreichen, damit die Verfahren deutlich schneller abgeschlossen werden können.

IX. ALLGEMEINER ÖPNV

Ich freue mich sehr, künftig für Sie auch **Ansprechpartner** für **Fragen des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs** zu sein.

Vor allem durch den **demographischen Wandel** stellt die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Land **zunehmend eine Herausforderung** für die Akteure vor Ort dar. Ein **dichter Verkehrstakt** wie in den Städten ist aufgrund des geringeren Fahrgastaufkommens und der oftmals langen Strecken **nicht bezahlbar** und auch **ökologisch nicht sinnvoll**. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind als Aufgabenträger für den allgemeinen ÖPNV zusammen mit den Verkehrsunternehmen vor Ort gefordert, Antworten zu finden.

Der **Freistaat Bayern** **unterstützt** die kommunalen **Aufgabenträger** mit **jährlich über 50 Millionen Euro ÖPNV-Zuweisungen** und hat im Jahr **2012** für die **Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum zusätzlich** ein spezielles **Förderprogramm aufgelegt**. Dieses Programm bietet eine **Anschubfinanzierung** für Projekte zur Einführung **nachfrageorientierter Bedienformen**. Denn gerade diese flexiblen und bedarfsorientierten Angebote, beispielsweise Rufbusse, bieten eine Handlungsoption zur Verbesserung der öffentlichen Mobilität im ländlichen Raum.

X. SCHLUSSWORTE

Meine Damen und Herren, ich meine wir **sind auf** einem **guten Weg**, den es **fortzusetzen gilt**.

Ich bin mir **sicher**, dass uns dies **gemeinsam gelingen** wird und freue mich auf eine weiterhin gute, **konstruktive** und **vertrauensvolle Zusammenarbeit** zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger.



Bernhard Schwab erläutert die Hilfestellungen beim Umstieg von der Schule ins Berufsleben.



Landrat und Erster Vizepräsident Roland Schwing zieht eine positive Bilanz der Tagung.



Großes Interesse bei der Pressekonferenz zum Abschluss der Landrätetagung

Web 2.0 in bayerischen Kommunen

Studie der Innovationsstiftung Bayerische Kommune veröffentlicht

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune hat Ende Oktober 2013 die Studie „Web 2.0 in bayerischen Kommunen“ veröffentlicht. Die Studie untersucht insbesondere Chancen und Risiken aktueller Web 2.0-Angebote für Kommunen und gibt entsprechende Hilfestellungen. Der Leiter der Studie, Prof. Dr. Jörn von Lucke, hat die wesentlichen Ergebnisse bei der Landrätetagung am 22./23.10.2013 in Herzogenaurach vorgestellt.

Die Studie ist gegliedert in

- Teil 1: Handlungsrahmen für Entscheider (10 Seiten)
- Teil 2: Handlungsleitfaden (85 Seiten)
- Teil 3: Fiktive Anwendungsszenarien & praktische Beispiele (48 Seiten)
- Teil 4: Hintergründe und Grundlagen (78 Seiten)

und kann im Internet unter <http://www.bay-innovationsstiftung.de/index.php?id=64> abgerufen werden.

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune ist eine als gemeinnützig anerkannte Stiftung öffentlichen Rechts. Sie wurde 2010 von den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) errichtet. Sie fördert innovative IT-Projekte und Forschungsvorhaben im Bereich der kommunalen Informationstechnologie.

Kliniken in der Region überlebenswichtig

Kreidl: Krankenhäuser im ländlichen Raum sichern die Notversorgung

„Kliniken in der Region dürfen nicht zur leichten Beute lebensferner Gesundheitspolitiker werden.“ Dies erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob Kreidl, zur aktuellen Diskussion um die Schließung von Krankenhäusern im Rahmen der Koalitionsverhandlungen.

Bei allen berechtigten Sparüberlegungen und der fachlichen Kritik an überflüssigen Operationen sollte man die besonderen Aufgaben der Kliniken im ländlichen Raum nicht aus dem Auge verlieren. Denn sie garantieren gemeinsam mit dem Rettungsdienst eine zeitnahe erste medizinische Notversorgung. Deshalb dürften nicht allein betriebswirtschaftliche Argumente, die sich nur an der relativ niedrigen Bettenzahl orientieren, die Entscheidungen beeinflussen. Die Existenz dieser Krankenhäuser sei außerdem vor dem Hintergrund einer immer schwierigeren ambulanten Versorgung zu sehen. Immer mehr Landarztpraxen werden aufgelöst, in besonders strukturschwachen Gebieten ist auch der Beginn eines Apothekensterbens zu beobachten.

Und mittlerweile berichten auch Zahnarztverbände über fehlenden Nachwuchs in dünn besiedelten Gebieten. Der Präsident des Landkreistags bezweifelt, ob mit höheren Honoraren oder amtlichen Regelungen allein die medizinische Versorgung in der Region dauerhaft gesichert werden kann. Denn eine Tatsache werde gerne übersehen: Die Heilberufe werden immer häufiger von Frauen ausgeübt. Für deren Lebenspartner gibt es aber zumeist keine ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplätze. Da bleibt man auch bei überschaubaren Einkommenseinbußen lieber in den Ballungszentren. „Um die medizinische Versorgung in der Fläche zu sichern, muss das Leistungsangebot der Land-Krankenhäuser erweitert werden, auch um Aufgaben, die heute noch seltsam anmuten wie Apothekendienste und zahnärztliche Leistungen. Deshalb muss auch der Gesichtspunkt der Notversorgung bei der Standortentscheidung für eine Klinik grundsätzlich mit einbezogen werden“, so Jakob Kreidl. Bei der anstehenden Neuregelung der Fallpauschalen im kommenden Jahr ist die Sonderrolle der Landkliniken zu berücksichtigen, die nicht effizient wirtschaften können und daher vor allem auf Zuschüsse der Landkreise angewiesen sind.

Beteiligte Jugend, lebendiges Gemeinwesen

Kommunale Spitzenverbände und BJR diskutieren Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in ihren Gemeinden

Blieben oder gehen? Diese fatale Frage stellen sich viele junge Menschen gerade im Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf. Ziel für zukunftsfähige Kommunen – gerade im ländlichen Raum – muss deshalb sein, lebenswert für Kinder

und Jugendliche zu sein. Beteiligungsmöglichkeiten schaffen Raum für bürgerschaftliches Engagement, und ein aktives, vitales Gemeinwesen macht Gemeinde, Städte und Landkreise attraktiver. Teilhabeformen von Jugendparlamenten über die



projektbezogene Mitarbeit bis hin zu Online-Plattformen diskutierten die Experten der kommunalen Spitzenverbände in Bayern – Bayerischer Landkreis-, Städte- und Gemeindetag und Bayerischer Jugendring - bei der gemeinsamen Landestagung 2013 in Beilngries.

Bürgerbeteiligung fängt in der Kindheit an

BJR-Präsident Matthias Fack verwies darauf, dass die Grundsteine für soziale Kompetenz und gesellschaftliche Mitverantwortung insbesondere in der Kindheit und im Jugendalter gelegt werden. Seit einigen Jahren entwickeln viele Kommunen Ansätze, die mehr Demokratie im Alltag junger Menschen ermöglichen. „Erfreulicherweise gibt es immer mehr Gemeinden, die Kinder und Jugendliche in ihre Planungen einbeziehen und ihre Bedürfnisse berücksichtigen. Junge Menschen können so an Entscheidungen mitwirken, die sie zukünftig als Erwachsene betreffen. Pseudo-Partizipation wird dagegen schnell entlarvt und sorgt bei Kindern und Jugendlichen für Enttäuschung“, betonte Fack.

Neue Wege in der Kommunalpolitik

„Eine erfolgreiche Kommunalpolitik zeichnet sich durch frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse aus. Information und Transparenz sind längst keine leeren Schlagworte mehr. Wer die Zukunft gestalten will, muss die jungen Menschen auf diesem Weg mitnehmen. Diese sitzen aber nicht am Stammtisch im Wirtshaus, sondern sind in sozialen Netzwerken unterwegs. Es müssen also auch neue Wege beschritten werden, um Jugendliche für die Kommunalpolitik zu begeistern“, so der zuständige Sozialreferent Gerhard Dix vom Bayerischen Gemeindetag.

Standortfaktor Kinder- und Jugendarbeit

„Gute Kinder- und Jugendarbeit in Städten und Gemeinden ist inzwischen zu einem „harten“ Standortfaktor geworden, genauso wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Arbeitsplätze und Infrastruktur“, sagte Julius Forster, Referent für Arbeit, Jugend und Soziales des Bayerischen Städtetags. Diese Standortfaktoren seien entscheidend dafür, ob sich junge Familien vor Ort niederlassen. Wichtiger Teil einer erfolgreichen Kinder- und Jugendarbeit ist wiederum die Bereitschaft der Kommunalpolitik, Beteiligung und Mitgestaltung in der Gemeinschaft für junge Menschen zu fördern. Kinder und Jugendliche können als Experten in eigener Sache auftreten, Erfahrungen im sozialen Miteinander gewinnen und lernen, dass das Vertreten ihrer Interessen sinnvoll ist und auch das Selbstbewusstsein stärkt. Außerdem können dadurch die Attraktivität der Gemeinde gesteigert und der soziale Zusammenhalt und das Heimatgefühl gestärkt werden - wichtige Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit jeder Gemeinde.

Beratung und Unterstützung in den Landkreisen

Aus Sicht der Landkreise sei es wichtig, dafür zu sorgen, dass die Verantwortung für die Jugendarbeit auf Gemeindeebene wahrgenommen werden kann. „Die Landkreise sehen ihren primären Auftrag dabei in der Beratung und Unterstützung der Akteure. Hauptansprechpartner für die Landkreise sind deshalb in erster Linie die Gemeinden, die Verbände und vor allem der Kreisjugendring, der ja als Vertreter und Sprecher der Jugendverbände in der Regel Sitz und Stimme im Jugendhilfeausschuss auf Landkreisebene hat“, erläuterte der für Jugendhilfe zuständige Referent beim Bayerischen Landkreistag, Dr. Klaus Schulenburg. Ein wichtiger Schwerpunkt auf Landkreisebene ist die finanzielle Förderung der Jugendarbeit. Daneben engagieren sich die Landkreise häufig durch die Initiierung und Förderung jugendpolitischer Projekte.

Die Energiewende erfordert einen langen Atem

Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten der Metropolregion München

Seit dem Reaktorunfall in Fukushima ist die Energiewende in aller Munde. Doch diejenigen, die mit der Umsetzung vor Ort betraut sind, kämpfen oft mit bürokratischen Hürden und schwer überschaubaren, sich häufig verändernden Fördermöglichkeiten. Aus diesem Grund trafen sich bereits zum zweiten Mal Klimaschutzbeauftragte aus dem gesamten Raum der Metropolregion München zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch. Gastgeber des Netzwerktreffens war der Landkreis Donau-Ries, Träger der Facharbeitsgruppe Klimaschutz im Verein Europäische Metropolregion München (EMM e.V.).

Viele Kommunen und Landkreise haben in den vergangenen Jahren eigene Fachkräfte für die Themen Klimaschutz und Energiewende eingestellt. Diese miteinander zu vernetzen, den Austausch untereinander zu intensivieren, aber auch voneinander und aus erfolgreich umgesetzten Projekten zu lernen, ist Ziel der Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten in der Metropolregion München. Und der Austauschbedarf ist offenbar weiterhin hoch: Rund 60 Teilnehmer waren nach Donauwörth gekommen, um in fünf Workshops zu verschiedenen Themen zu arbeiten.

Gastgeber Stefan Rößle, Landrat des Landkreises Donau-Ries, betonte bei seiner Begrüßung, dass bei den Themen Klimaschutz und Energiewende langfristig gedacht und gearbeitet werden müsse. Er verwies darauf, dass der Landkreis Donau-Ries bereits seit über zehn Jahren mit eigenen Projekten das Thema Energie

durchführe. Vom EMM e.V. und der Zusammenarbeit seiner Mitglieder erhoffe er sich gemeinsame Ziele und in der Metropolregion ein intensives Zusammenwirken von Städten und Landkreisen zur Umsetzung der Energiewende.

Thomas Nieborowsky, Geschäftsführer von KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e.V. und Träger der Arbeitsgruppe Umwelt im EMM e.V., ging in seiner Eröffnung auf die Rolle des Netzwerkes EMM e.V. bei den Themen Energiewende und Klimaschutz ein. Die Veranstaltungen des Vereins seien bewusstseinsbildend, sie vermittelten Wissen und Informationen.

Nach einer kurzen Einführung in die weiteren Themen durch Moderator Prof. Dr. Manfred Miosga (KlimaKom eG) nutzten die Teilnehmer im Rahmen von fünf Workshops die Möglichkeit zu Diskussion und Erfahrungsaustausch. In kleinerer Runde tauschte man sich über Fördermittel und Finanzierungsoptionen, partizipative Strukturen für die Energiewende, Monitoring und Controlling von Klimaschutzmaßnahmen, Konzeptionierung von Klimaschutzaktivitäten sowie Energieverbundsysteme aus. (EMM e.V.)



Rund 60 Teilnehmer kamen zum Netzwerktreffen der Klimaschutzbeauftragten in der Metropolregion München.

Plenarsitzung des KGRE in Straßburg mit Landrat Thomas Karmasin

Landrat Thomas Karmasin nahm Ende Oktober 2013 in seiner Funktion als stellvertretendes Mitglied der deutschen Delegation im Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa (KGRE) an der 25. Plenarsitzung des KGRE in Straßburg teil.

Der 1994 eingerichtete KGRE ist die institutionelle Vertretung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der 47 Mitgliedstaaten des Europarates, dessen Ziele er verfolgt: Schutz der Menschenrechte, Eintreten für Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung der Demokratie. Insbesondere beobachtet, kontrolliert und bewertet der KGRE die Einhaltung und Beachtung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates. Zudem entsendet der KGRE Delegationen zur Wahlbeobachtung in seine Mitgliedstaaten. Die in den Kongress entsandten Delegierten werden entweder von den Ländern nominiert oder auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände ausgewählt. In

den drei Fachausschüssen „Monitoring Ausschuss“, „Governance Ausschuss“ und „Current Affairs Ausschuss“ wird sachpolitisch gearbeitet.

Aktuell gehören dem KGRE 318 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter aus den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten an. Der Kongress trifft sich für zwei Plenartagungen pro Jahr in Straßburg. Die deutsche Delegation im KGRE besteht aus 18 direkten Vertretern und 18 Stellvertretern, wobei jeweils neun auf die Ländersseite und auf den kommunalen Bereich entfallen.

Landrat Thomas Karmasin ist auf Vorschlag des Deutschen Landkreistags seit Beginn der neuen Mandatsperiode des KGRE im Oktober 2012 für vier Jahre bis 2016 stellvertretendes Mitglied im Kongress. Karmasin ist zudem Mitglied im Fachausschuss „Current Affairs“. (LRA FFB)



Die deutsche Delegation im KGRE (5. v. r. Landrat Thomas Karmasin). (Bildquelle: Deutscher Städtetag - Europa/Internationales RGRE)

Abfallvermeidung – Kommissionsvorschlag zur Reduktion des Plastiktütenverbrauchs

Anfang November 2013 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Verpackungsrichtlinie angenommen. In Zukunft sollen die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, in der Europäischen Union den Verbrauch von Tüten aus leichtem Kunststoff mit weniger als 0,05 Millimeter Foliendicke zu reduzieren. Wie das Ziel konkret erreicht werden soll, überlässt der Richtlinienvorschlag den Mitgliedstaaten. Zu den möglichen nationalen Maßnahmen zählen u. a. die Unterbindung der kostenfreien Abgabe von Kunststofftaschen sowie die Festsetzung nationaler Reduktionsziele. Von einheitlichen Reduktionszielen sieht die Kommission ab, da der Verbrauch an Kunststofftüten innerhalb der EU je nach Konsumverhalten, Umweltbewusstsein und Effektivität der ergriffenen politischen Maßnahmen sehr stark variiert.

Hintergrund

Schätzungen zufolge benutzte im Jahr 2010 jeder EU-Bürger im Schnitt 198 Plastiktüten. Dabei handelte es sich vermutlich zu 90 % um Tüten aus leichtem Kunststoff, die seltener wiederverwendet werden als Kunststofftragetaschen aus stärkerem Material und EU-weit gesehen häufig nicht im Kreislauf der Abfallwirtschaft verwertet werden. In der Umwelt belasten sie bis zu ihrem endgültigen Zerfall nach Hunderten von Jahren Gewässer und Böden und können zudem schädliche Chemikalien abgeben. Sie stellen v. a. eine Gefahr für marine Ökosysteme und Lebewesen dar und gelangen so auch in die Nahrungskette. Da in Deutschland mittlerweile 98 % aller Kunststoffverpackungen dem Entsorgungs- und Verwertungssystem zugeführt werden, steht dort das Ziel im Vordergrund, Ressourcen effizienter zu nutzen.

Kommissionsvorschlag

Die Kommission schlägt in der Folge umfangreicher Konsultationen eine Richtlinie zur Änderung der Verpackungsrichtlinie aus dem Jahr 1994 vor. Sie soll die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten den Verbrauch an Kunststofftüten mit einer Wandstärke unter 50 Mikron (0,05 Millimeter) zu vermindern. Diese Maßnahmen könnten nach dem Willen der Kommission wirtschaftliche Instrumente wie Steuern und Abgaben und die Festlegung nationaler Verringerungsziele umfassen. Außerdem sind Marktbeschränkungen wie Verbote durch Ausnahmen von Artikel 18 der Verpackungsrichtlinie erlaubt, welcher bestimmt, dass die Mitgliedstaaten in ihrem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen von Verpackungen, die mit der Verpackungsrichtlinie konform sind, nicht verbieten dürfen. Diese Marktbeschränkungen dürfen aber nicht willkürlich diskriminieren und keine verschleierte Beschränkung des Handels darstellen (vgl. Art. 36 AEUV). Die Mitgliedstaaten sollen ferner der Kommission über die Auswirkungen der Maßnahmen auf die entstehende Gesamtmenge von Verpackungsabfall berichten.

Nächste Schritte

Mit dem Vorschlag müssen sich nun der Ministerrat und das Europäische Parlament befassen. Spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der EU-Richtlinie haben die einzelnen Regierungen die erforderlichen nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Der Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten findet sich unter

http://www.bundesrat.de/cln_330/nn_8694/SharedDocs/Drucksachen/2013/0701-800/755-13.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/755-13.pdf. Weitere Informationen inklusive Links zur Folgenabschätzung und deren Kurzfassung sind in englischer Sprache unter http://ec.europa.eu/environment/waste/packaging/legis.htm#plastic_bags einsehbar.

Einblicke zum Thema Plastikabfälle bietet zudem auch eine englischsprachige Workshop-Dokumentation unter <http://www.europarl.europa.eu/committees/en/envi/studiesdownload.html?languageDocument=EN&file=98250>. (ebbk)

Treibstoff für's Land: Landkreistag und Bauernverband legen Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vor

Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Bauernverband haben Forderungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes vorgelegt. Sie fordern für die 18. Legislaturperiode ein Programm zum Breitbandausbau, eine ordentliche Anbindung über Straßen- und Schienenwege, eine dezentralere Energiewende, tragfähigere Strukturen bei der medizinischen Versorgung, mehr Investitionen zugunsten ländlicher Räume sowie eine bessere Steuerung der diesbezüglichen politischen Bestrebungen.

Beide Verbände stellten heraus, dass angepasste Rahmenbedingungen, flexible Standards und zusätzliche Investitionsmittel wichtig sind, so dass sich Bürger, Wirtschaftsakteure aus Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistung ebenso wie Kommunen möglichst kraftvoll den Herausforderungen einer erfolgreichen zukünftigen Entwicklung stellen können. In der gemeinsamen Verantwortung für den ländlichen Raum fordern Bauernverband und Landkreistag, die im Grundgesetz

verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen politisch nicht aus den Augen zu verlieren.

Erst im Sommer war Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied zu Gast im Präsidium des Deutschen Landkreistages. Gemeinsam mit DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré lobte er die gute und fruchtbare Zusammenarbeit beider Spitzenorganisationen, vor allem in Bezug auf die Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie sagten: „Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass wichtige Zukunftsfragen in der Fläche wie z.B. der Breitbandausbau vorangetrieben werden. In den vergangenen Jahren haben wir bereits intensiv zusammengearbeitet und werden diese Kooperation weiter verstärken. Dies ist gerade in Zeiten zurückgehender EU-Förderung und unabwiesbarer Investitionserfordernisse in der Fläche wichtiger denn je.“

Das gemeinsame Forderungspapier kann unter http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/themen/LaendlicherRaum/Papier_Indlicher_Raum_DLT-DBV_final_29.10.2013.pdf eingesehen werden. (DLT)

Der Landkreis Freyung-Grafenau präsentiert sich in München – Ausstellung unter dem Motto „Kunst und Kultur“ im Haus der bayerischen Landkreise

Ende September startete im Haus der bayerischen Landkreise eine neue Landkreisausstellung. Der Bayerwald-Landkreis Freyung-Grafenau wird sich dabei aus einer bisher eher unbekanntem Perspektive vorstellen.

Der Schwerpunkt liegt bewusst auf Kunst und Kultur. „Ziel soll sein, den Besuchern der Ausstellung zu zeigen, dass die im Herzen Europas gelegene Region weit mehr zu bieten hat als die außergewöhnlichen Naturschönheiten, für die sie weit über die Grenzen bekannt ist“, so Landrat Ludwig Lankl. Eine kleine aber feine Kunst- und Kulturszene ist es wert, entdeckt zu werden. Die vielfältige Museumslandschaft gewährt dem Besucher mannigfaltige Einblicke in Kunst, Kultur, Leben, Arbeiten und Brauchtum. Zahlreiche Veranstaltungen – von traditionell bis modern – zeugen vom Traditionsbewusstsein

und der Weltoffenheit der Bürger. Viele Künstlerinnen und Künstler haben den Landkreis zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht und lassen sich von der einmaligen Landschaft des Bayerischen Waldes inspirieren.

Ausgestellt werden verschiedene Werke regionaler Künstler, jedes davon mit einer ganz eigenen Handschrift. Bereits am Eingang werden die Besucher durch die Schaufensterdekoration in 3D-Optik (Brillen werden kostenfrei verteilt) darauf eingestimmt, was sie bei der Ausstellung erwartet: Zu erleben ist u.a. ein im Maßstab 1:50 detailgetreu nachgebautes Modell des Baum-Turms im Nationalpark Bayerischer Wald, dem Wahrzeichen des Landkreises.

Feierlich eröffnet wurde die Ausstellung von Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Helmut Brunner, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Ludwig Lankl, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau.

Die Ausstellung ist bis Mitte Januar 2014 im „Haus der bayerischen Landkreise“ während der Öffnungszeiten (Mo – Do: 8:00 – 16:00 Uhr, Fr: 8:00 – 12:00 Uhr) kostenlos zu besichtigen.

Informationen zum Nationalpark-FerienLand, der Urlaubsregion des Landkreises Freyung-Grafenau, finden Sie unter www.nationalpark-ferienland-bayerischer-wald.de.



Das von Erich Hagenstein erschaffene, originalgetreue Modell des Baumturms im Nationalpark ist auf der Ausstellung zu bewundern.



Eröffneten die Ausstellung „Kunst und Kultur“ des Landkreises Freyung-Grafenau (v.l.n.r.): Staatsminister Helmut Brunner, Künstlerin Gabi Haller, Landrat Ludwig Lankl, Freyung-Grafenau, und Präsident des Bayerischen Landkreistags Jakob Kreidl.

Landkreis Fürstentum Pfalz: Besuch einer chinesischen Kommunaldelegation

Beschäftigte der Kommunalverwaltung Peking besuchten das Landratsamt Fürstentum Pfalz. Landrat Thomas Karmasin begrüßte die Gäste zum Abschluss ihrer 20-tägigen Deutschlandtour und stellte den Landkreis und die Kreisbehörde vor. Im Anschluss erhielt die Delegation von den verschiedenen Fachreferaten des Landratsamtes Fürstentum Pfalz Informati-

onen zu den gesetzlichen Bestimmungen des Umweltschutzes, zur interkommunalen Zusammenarbeit beim Klimaschutz und zur Windkraftnutzung sowie über die Projekte der AGENDA 21. Besonders interessiert zeigten sich die Gäste am Wasserrecht. (LRA FFB)



Landrat Thomas Karmasin sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung mit den Gästen aus Peking

Landkreis Hof: Gemeinsam gegen Pläne der EU

Nach dem bisher vorgelegten Entwurf zur Neugestaltung der Regionalleitlinien für die Jahre 2014 bis 2020 drohen Stadt und Landkreis Hof nach der angedachten Abstufung vom C-Fördergebiet ein erheblicher wirtschaftlicher Wettbewerbsnachteil sowie ein nachbarschaftlich schädigendes Fördergefälle von 25 % zum Nachbarland Böhmen. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn parallel dazu die Fördersätze für die Tschechische Republik angehoben werden sollten.

Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Landrat Bernd Hering fordern daher von der Europäischen Kommission, einen Sondergebietsplafond einzuführen und das Fördergefälle für die Region auf maximal 15 Prozentpunkte zu begrenzen. Nur so könnten die vielfältigen Erfolge der Wirtschaftsentwicklung in den ostbayerischen Regionen erhalten werden. (LRA Hof)

Landkreis Hof: Münchberger Klinik wächst

Der Bayerische Krankenhausplanungsausschuss hat dem Antrag der Kliniken Hochfranken entsprochen und einen Bedarf von 235 Betten festgestellt. Diese Einschätzung aus München macht für die Kliniken Hochfranken als Häuser der medizinischen Grund- und Regelversorgung den Weg für eine Erweiterung frei. Bisher ist die Klinik in Münchberg mit 230 Betten in den Krankenhausplan aufgenommen. Die Erhöhung um fünf Planbetten klingt bescheiden, doch können nun enorme

Verbesserungen bei der hausinternen Infrastruktur und die Erweiterung der Raumkapazitäten in Angriff genommen werden. Mit den geplanten Ausbaumaßnahmen sichern die Kliniken Hochfranken nicht nur eine wohnortnahe und hochwertige Krankenhausversorgung, sondern bauen sie zugunsten der Lebensqualität der Menschen in der Region aus. Zudem trägt die geplante Erweiterung dem stetig wachsenden Zuspruch für die Kliniken aus der Bevölkerung Rechnung. (LRA Hof)

Landkreise Hof und Kulmbach: Outdoor Parc Frankenwald als touristisches Leuchtturmprojekt

Mit dem Outdoor-Franken Parc schafft die Stadt Helmbrechts in Kooperation mit den Landkreisen Kulmbach und Hof und zwei Vereinen ein neues Angebot für Breitensportler und gleichzeitig viele neue Chancen für den Tourismus in der Region. Geplant ist ein gemeinsames Loipensystem mit 60 km Länge, das die Wintersportregionen Walberngrüner Gletscher und Kriegswald verbindet. Zudem will man das

Mountainbike-Zentrum erweitern. Der Ausbau des Helmbrechtser Eisteichs zu einer Ganzjahressportstätte wird Street Hockey, Streetball und Inlinehockey möglich machen. Knapp eine halbe Million sind für den Outdoor-Franken Parc veranschlagt. Aus dem Leader-Programm stehen 236.000 Euro zu Verfügung und die Oberfrankenstiftung wird das Projekt mit 115.000 Euro bezuschussen. (LRA Hof)

Landkreis Dillingen a. d. Donau: Erster Medizinstudent am akademischen Lehrkrankenhaus St. Elisabeth in Dillingen

Nach Überzeugung von Landrat Leo Schrell bietet die Anerkennung der Kreisklinik St. Elisabeth in Dillingen als akademisches Lehrkrankenhaus die einmalige Chance, junge Medizinstudenten während des Studiums für eine spätere Tätigkeit, beispielsweise als Hausarzt in der Region, zu begeistern. Erst im März 2013 wurde die Vereinbarung zwischen der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen gGmbH und der TU München, Fakultät Medizin unterzeichnet. Bereits kurz darauf meldeten sich zahlreiche Studentinnen und Studenten in Dillingen an. So bildet die Kreisklinik seit dem 17. Juni 2013 als anerkanntes akademisches Lehrkrankenhaus Medizinstudenten aus. Die Chefarztin der Inneren Abteilung, Dr. med. Ulrike Bechtel, hat dafür mit dem Institut für Allgemeinmedizin der TU München ein deutschlandweit einmaliges Ausbildungskonzept entwickelt. Aus dem Praxisnetz PRADIX arbeiten zudem Hausarztpraxen im Landkreis mit der Kreisklinik zusammen und übernehmen einen Teil der Ausbildung.

Als ersten PJ-Studenten konnte Landrat Leo Schrell im Juli 2013 Herrn Johannes Fexer begrüßen. Johannes Fexer hatte nach fünf Jahren Studium an der TU München das letzte Jahr des Medizinstudiums, das sogenannte Praktische Jahr (PJ), bereits als Auslandssemester in Frankreich begonnen, als er von dem neuen Ausbildungskonzept der Kreisklinik St. Elisabeth erfuhr.

Weil ihn das Konzept begeisterte, rief er aus Toulouse in Dillingen an und änderte nach einem Gespräch mit Chefarztin Dr. Ulrike Bechtel spontan seine Pläne, informierte die TU München, kam zurück nach Bayern und begann im Juni 2013 mit der Ausbildung in der Inneren Abteilung der Kreisklinik St. Elisabeth. (LRA Dillingen a. d. Donau)



Bei der Begrüßung im Bild von links: Dr. Johann Popp (stv. Aufsichtsratsvorsitzender), Frank Kunz (Oberbürgermeister), Axel Mack (Weiterbildungsassistent in der Allgemeinmedizin), Johannes Fexer, Chefarztin Dr. Ulrike Bechtel, Landrat Leo Schrell und Dr. Engelbert Kigele (Praxisnetz PRADIX)



Landrat **Albert Löhner** feierte am 2. Oktober 2013 den 65. Geburtstag. Albert Löhner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neumarkt i. d. OPf. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Landesausschuss, im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen und im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und des Bayerischen Verdienstordens.



Landrat **Josef Niedermaier** feierte am 14. Oktober 2013 den 50. Geburtstag. Josef Niedermaier ist seit 2008 Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen mit. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag als Vertreter im Bayerischen Landessportbeirat und als Stellvertreter in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern.



Landrat **Hermann Hübner** feierte am 22. Oktober 2013 den 60. Geburtstag. Hermann Hübner ist seit 2008 Landrat des Landkreises Bayreuth. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Finanz- und Sparkassenfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag in Präsidium und Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern e. V. und ist Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.



Landrat **Reinhardt Glauber** feiert am 14. Dezember 2013 den 65. Geburtstag. Reinhardt Glauber ist seit 1996 Landrat des Landkreises Forchheim. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen und im Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern und ist dort auch stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat. Zusätzlich ist er Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Reinhardt Glauber ist Träger der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber.



Landrat **Gebhard Kaiser** vollendet am 21. Dezember 2013 das 65. Lebensjahr. Gebhard Kaiser ist seit 1996 Landrat des Landkreises Oberallgäu. Er ist Vorsitzender des Bezirksverbands Schwaben und Mitglied des Präsidiums des Bayerischen Landkreistags. Darüber hinaus ist er auch Vorsitzender des Ausschusses für Finanz- und Sparkassenfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag als kooptiertes Mitglied im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern und als Mitglied im Kommunalbeirat des Sparkassenverbands Bayern. Zusätzlich vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Finanzausschuss des Deutschen Landkreistags. Von 1986 bis 1994 war er Abgeordneter des Bayerischen Landtags.



Landrat a. D. **Harald Kühn** feierte am 9. Oktober 2013 den 50. Geburtstag. Seit 7. Oktober 2013 ist er Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Von 2002 bis zu seinem Eintritt in den Bayerischen Landtag war er Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Beim Bayerischen Landkreistag wirkte er u. a. im Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen mit.



Kreisrat **Peter Tomaschko** ist seit 7. Oktober 2013 Mitglied des Bayerischen Landtags. Peter Tomaschko ist seit 2002 Mitglied des Kreistags Aichach-Friedberg und seit 2008 Mitglied des Landesausschusses des Bayerischen Landkreistags.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im Oktober, November, Dezember 2013 und im Januar 2014 runde Geburtstage:

Oberbayern

Oktober

Kreisrat Hubert Gschwendtner aus Markt, Landkreis Altötting, wurde am 14.10.2013 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Altötting vollendete Kreisrat Josef Wengbauer aus Mehring am 10.10.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrätin Agnes Thanbichler aus Laufen im Landkreis Berchtesgadener Land am 27.10.2013.

Am 12.10.2013 wurde Kreisrat Max Weindl aus Markt Schwaben im Landkreis Ebersberg 60 Jahre alt.

Kreisrat Johannes Regnath aus Beilngries im Landkreis Eichstätt feierte am 13.10.2013 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat und Erster Bürgermeister Max Gotz aus Erding im gleichnamigen Landkreis am 27.10.2013.

Im Landkreis Freising wurde Kreisrat Johann Neumaier aus Rudelzhausen am 6.10.2013 65 Jahre alt.

Kreisrätin Gabriele Pfefferkorn aus Au i. d. Hallertau im Landkreis Freising feierte am 7.10.2013 den 65. Geburtstag.

Am 9.10.2013 vollendete Kreisrat Johann Müller aus Egenhofen im Landkreis Fürstfeldbruck das 60. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Siegfried Höpfinger aus Heldenstein im Landkreis Mühldorf am Inn am 6.10.2013.

Ebenfalls im Landkreis Mühldorf am Inn wurde Kreisrätin Christa Moser aus Haag i. OB am 27.10.2013 60 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendete Kreisrat Helmuth Seel aus Berg im Gau, Landkreis Neuburg-Schrobenhausen, am 3.10.2013.

Kreisrat Heinrich Wallner aus Chieming im Landkreis Traunstein feierte am 6.10.2013 den 50. Geburtstag.

Am 7.10.2013 wurde Kreisrat Klaus Steiner, MdL, aus Übersee im Landkreis Traunstein 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Traunstein vollendete Kreisrat und Bürgermeister Hans Spiel aus Pittenhart am 22.10.2013 das 65. Lebensjahr.

November

Kreisrat Simon Landmann aus Bergkirchen im Landkreis Dachau wurde am 30.11.2013 60 Jahre alt.

Im Landkreis Ebersberg feierte Kreisrat Benedikt Mayer aus Hirschbichl, Gemeinde Emmering, am 11.11.2013 den 60. Geburtstag.

Am 8.11.2013 wurde Kreisrätin Anni Hartl aus Lengdorf im Landkreis Erding 65 Jahre alt.

Kreisrätin Christine Stein aus Langenbach im Landkreis Freising vollendete am 1.11.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat und Bürgermeister Dr. Michael Schanderl aus Emmering im Landkreis Fürstfeldbruck am 18.11.2013.

Am 24.11.2013 wurde Kreisrat Georg von Preysing aus Gmund im Landkreis Miesbach 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Miesbach vollendete Kreisrätin Harda von Poser und Groß-Naedlitz aus Hausham am 24.11.2013 das 70. Lebensjahr.

Kreisrat Florian Weber aus Bad Aibling, Landkreis Rosenheim, wurde am 10.11.2013 50 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feierte Kreisrat Florian Duday aus Starnberg im gleichnamigen Landkreis am 13.11.2013.

Am 13.11.2013 vollendete Kreisrat Peter Erhard aus Böbing, Landkreis Weilheim-Schongau, das 50. Lebensjahr.

Dezember

Im Landkreis Berchtesgadener Land wird Kreisrat Hans Metzleitner aus Bischofswiesen am 9.12.2013 60 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Rainer Richter aus Kipfenberg im Landkreis Eichstätt vollendet am 24.12.2013 das 65. Lebensjahr.

Am 12.12.2013 feiert Kreisrat Josef Scheben aus Hausham/Rain im Landkreis Miesbach den 50. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Egon Barlag aus Haag i. OB im Landkreis Mühldorf am Inn am 14.12.2013.

Ebenfalls im Landkreis Mühldorf am Inn wird Kreisrätin Annemarie Haslberger aus Reichertsheim am 10.12.2013 65 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Josef Finkenzeller aus Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm am 20.12.2013.

Im Landkreis Rosenheim vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Rupert Oberhuber aus Eiselfing am 30.12.2013 das 65. Lebensjahr.

Am 30.12.2013 wird Kreisrätin Waltraud Wiesholer-Niederlöhner aus Traunstein im gleichnamigen Landkreis 65 Jahre alt.

Kreisrätin Margarete Gineiger aus Stein a. d. Traun, Landkreis Traunstein, feiert am 11.12.2013 den 70. Geburtstag.



Januar

Der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Bezirkstagspräsident Josef Mederer aus Altomünster, Landkreis Dachau, wird am 26.1.2014 65 Jahre alt.

Im Landkreis Ebersberg vollendet Kreisrat Wolfgang Will aus Baldham am 2.1.2014 das 70. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Bernhard Winter aus Markt Schwaben im Landkreis Ebersberg am 11.1.2014.

Am 18.1.2014 wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Helmut Lackner aus Oberding im Landkreis Erding 70 Jahre alt.

Kreisrätin und Erste Bürgermeisterin Cornelia Vogelfänger aus Pastetten im Landkreis Erding feiert am 12.1.2014 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Irmis Ammer aus Holzkirchen im Landkreis Miesbach am 8.1.2014.

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wird Kreisrat Thomas Hümbis aus Langenmosen am 21.1.2014 60 Jahre alt.

Kreisrätin Rosina Straub aus Schrobenhausen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen feiert am 18.1.2014 den 65. Geburtstag.

Am 7.1.2014 vollendet Kreisrätin Annemarie Randelzhofer aus Wolnzach im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Reinhard Haiplik aus Pfaffenhofen a. d. Ilm im gleichnamigen Landkreis am 27.1.2014.

Im Landkreis Starnberg wird Kreisrätin, Staatsministerin a. D., MdB a. D. und MdL a. D. Prof. Ursula Männle am 7.1.2014 70 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Gerhard Kotter aus Traunstein im gleichnamigen Landkreis am 4.1.2014.

Kreisrat Klaus Gast aus Weilheim-Deutenhausen im Landkreis Weilheim-Schongau feiert am 28.1.2014 den 50. Geburtstag.

Am 31.1.2014 wird Kreisrätin Pankratia Holl aus Peiting im Landkreis Weilheim-Schongau 70 Jahre alt.

Niederbayern

Oktober

Im Landkreis Landshut wurde Kreisrat Helmuth Radlmeier aus Ergoldsbach am 2.10.2013 70 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendete Kreisrat Martin Priller aus Vilsbiburg im Landkreis Landshut am 3.10.2013.

Kreisrat Werner Mayer aus Rothalmünster, Landkreis Passau, wurde am 28.10.2013 60 Jahre alt.

Am 5.10.2013 feierte Kreisrat und Stellvertreter des Landrats Willi Killinger aus Regen im gleichnamigen Landkreis den 70. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Regen vollendete Kreisrätin Rita Röhl aus Teisnach am 9.10.2013 das 60. Lebensjahr.

November

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Josef Meininger aus St. Oswald-Riedlhütte, Landkreis Freyung-Grafenau, am 2.11.2013.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Martin Hartmann aus Grafenau im Landkreis Freyung-Grafenau am 10.11.2013.

Kreisrätin Reserl Sem, MdL, aus Tann im Landkreis Rottal-Inn wurde am 3.11.2013 60 Jahre alt.

Am 26.11.2013 feierte Kreisrat Johann Wamprechtshammer aus Gangkofen im Landkreis Rottal-Inn den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Straubing-Bogen wurde Kreisrat Erwin Söldner aus Atting am 6.11.2013 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Johann Groß aus Kirchroth, Landkreis Straubing-Bogen, am 22.11.2013.

Dezember

Kreisrat und Bürgermeister Erich Schmid aus Plattling im Landkreis Deggendorf wird am 3.12.2013 60 Jahre alt.

Im Landkreis Landshut vollendet Kreisrat Sebastian Satzl aus Weihmichl am 19.12.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 31.12.2013 feiert Kreisrat Franz Schwarz aus Aldersbach, Landkreis Passau, den 65. Geburtstag.

Kreisrat Josef Pletl aus Regen im gleichnamigen Landkreis wird am 24.12.2013 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Sepp Rettenbeck aus Wurmansquick im Landkreis Rottal-Inn am 23.12.2013.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Hans Fuchs aus Sankt Englmar im Landkreis Straubing-Bogen am 9.12.2013.

Januar

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Karlheinz Hierzegger aus Osterhofen im Landkreis Deggendorf am 11.1.2014.

Im Landkreis Dingolfing-Landau wird Kreisrat Rudi Pritzl am 28.1.2014 60 Jahre alt.

Kreisrat Gerhard Drexler, MdB, aus Freyung im Landkreis Freyung-Grafenau feiert am 31.1.2014 den 50. Geburtstag.

Am 19.1.2014 vollendet Kreisrätin Marianne Vorig aus Viechtach im Landkreis Regen das 65. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrätin Reserl Strohhammer aus Kirchdorf a. Inn im Landkreis Rottal-Inn am 13.1.2014.

Ebenfalls im Landkreis Rottal-Inn wird Kreisrat Josef Auer aus Massing am 23.1.2014 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Franz Schedlbauer aus Bogen im Landkreis Straubing-Bogen am 19.1.2014.

Kreisrat Helmut Stumfoll aus Mallersdorf-Pfaffenberg im Landkreis Straubing-Bogen feiert am 18.1.2014 den 65. Geburtstag.

Oberpfalz

Oktober

Am 16.10.2013 vollendete Kreisrätin Elisabeth Eißner aus Eschenbach im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab das 50. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab feierte Kreisrat Gerhard Sporer aus Kirchenthumbach am 30.10.2013 den 75. Geburtstag.

Kreisrätin Roswitha Gebhart aus Burglengenfeld, Landkreis Schwandorf, wurde am 15.10.2013 65 Jahre alt.

Am 28.10.2013 vollendete Kreisrat und Bürgermeister Herbert Bauer aus Falkenberg, Landkreis Tirschenreuth, das 65. Lebensjahr.

November

Im Landkreis Amberg-Sulzbach wurde Kreisrat Karl Fochtner aus Schmidmühlen am 5.11.2013 60 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Franz Reichold aus Roding im Landkreis Cham feierte am 6.11.2013 den 60. Geburtstag.

Am 20.11.2013 wurde Kreisrat Erwin Jung aus Parsberg im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. 70 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Barbara Rappl aus Lappersdorf, Landkreis Regensburg, am 7.11.2013.

Ebenfalls im Landkreis Regensburg feierte Kreisrat und Bürgermeister Franz Kröninger aus Zeitlarn am 25.11.2013 den 50. Geburtstag.

Dezember

Kreisrätin Wera Müller aus Furth im Wald im Landkreis Cham wird am 13.12.2013 65 Jahre alt.

Am 31.12.2013 vollendet Kreisrat und Bürgermeister Josef Berlinger aus Neukirchen b. Hl. Blut, Landkreis Cham, das 65. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrätin Marianne Pfeiffer aus Velburg im Landkreis Neumarkt i. d. OPf. am 24.12.2013.

Im Landkreis Tirschenreuth wird Kreisrätin Christa Söllner aus Brand am 24.12.2013 60 Jahre alt.

Januar

Kreisrat Günther Cermak aus Auerbach i. d. OPf., Landkreis Amberg-Sulzbach, wird am 7.1.2014 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Amberg-Sulzbach vollendet Kreisrat Sebastian Schärl aus Hohenburg am 20.1.2014 das 65. Lebensjahr.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Willi Trummer aus Eschenbach im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab am 5.1.2014.

Am 28.1.2014 wird Kreisrat Werner Windisch aus Weiherhammer im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab 60 Jahre alt.

Kreisrat Josef Stadlbauer aus Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf feiert am 13.1.2014 den 65. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Heidi Eckl aus Nabburg im Landkreis Schwandorf am 30.1.2014.

Oberfranken

Oktober

Am 6.10.2013 wurde Kreisrat Reiner Hoffmann aus Breiten-
güßbach im Landkreis Bamberg 60 Jahre alt.

Kreisrat Paul Lindner aus Waischenfeld im Landkreis Bayreuth wurde am 19.10.2013 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Bayreuth vollendete Kreisrat Norbert Pietsch aus Speichersdorf am 21.10.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Franz Schmidlein aus Hetzles, Landkreis Forchheim, am 23.10.2013.

Am 10.10.2013 wurde Kreisrat Gerhard Schneider aus Himmelkron im Landkreis Kulmbach 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Franz Böhmer aus Niederau im Landkreis Lichtenfels am 16.10.2013.

November

Kreisrat Rainer Kretschmer aus Scheßlitz im Landkreis Bamberg wurde am 13.11.2013 70 Jahre alt.

Im Landkreis Lichtenfels vollendete Kreisrat Robert Hümmer aus Woffendorf am 11.11.2013 das 50. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Dr. Hermann Friedl aus Selb, Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, am 2.11.2013.

Dezember

Am 6.12.2013 feiert Kreisrat Heinrich Richter aus Mistelgau, Landkreis Bayreuth, den 60. Geburtstag.

Kreisrat Udo Schönfelder aus Forchheim im gleichnamigen Landkreis vollendet am 4.12.2013 das 50. Lebensjahr.

Im Landkreis Lichtenfels wird Kreisrätin Anna Maria Hoffmann aus Burgkunstadt am 6.12.2013 65 Jahre alt.



Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Christian Mrosek aus Redwitz, Landkreis Lichtenfels, am 25.12.2013.

Januar

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Peter Deusel aus Lisberg-Trabelsdorf im Landkreis Bamberg am 30.1.2014.

Im Landkreis Coburg wird Kreisrat Walter Thamm aus Neustadt b. Coburg am 4.1.2014 65 Jahre alt.

Ebenfalls aus Neustadt b. Coburg im Landkreis Coburg feiert Kreisrat Jürgen Petrautzki am 21.1.2014 den 70. Geburtstag.

Am 5.1.2014 vollendet Kreisrat Dieter Gemeinhardt aus Issigau im Landkreis Hof das 60. Lebensjahr.

Am 26.1.2014 wird Kreisrat Karl H. Fick aus Kronach im gleichnamigen Landkreis 75 Jahre alt.

Im Landkreis Lichtenfels feiert Kreisrat Bernhard Kasper aus Ebensfeld am 1.1.2014 den 70. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Bernhard Storath aus Ebensfeld im Landkreis Lichtenfels am 21.1.2014.

Mittelfranken

Oktober

Kreisrat Georg Sperling aus Feuchtwangen, Landkreis Ansbach, wurde am 11.10.2013 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Ansbach vollendete Kreisrat und Bürgermeister Friedrich Wieth aus Schillingsfürst am 10.10.2013 das 60. Lebensjahr.

Am 28.10.2013 feierte Kreisrätin Christa Matschl, MdL, aus Uttenreuth im Landkreis Erlangen-Höchstadt den 70. Geburtstag.

Im Landkreis Fürth wurde Kreisrätin Hannelore Pfetzing-Scheitinger aus Stein am 19.10.2013 65 Jahre alt.

Kreisrat Helmut Brückner aus Happurg, Landkreis Nürnberger Land, feierte am 27.10.2013 den 50. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Richard Erdmann aus Roth im gleichnamigen Landkreis am 31.10.2013.

November

Kreisrätin Dr. Ilse Baum aus Stein, Landkreis Fürth, wurde am 19.11.2013 65 Jahre alt.

Im Landkreis Roth vollendete Kreisrätin Irene Heckel aus Georgensmünd am 15.11.2013 das 65. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feierte Kreisrat Peter Krauß aus Pappenheim im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen am 4.11.2013.

Am 21.11.2013 wurde Kreisrat Ewald Ziegler aus Heidenheim, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, 60 Jahre alt.

Dezember

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Gerhard Haag aus Markt Nordheim, Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, am 2.12.2013.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Manfred Dauphin aus Feucht im Landkreis Nürnberger Land am 22.12.2013.

Am 25.12.2013 wird Kreisrat Werner Oberleiter aus Pommelsbrunn im Landkreis Nürnberger Land 70 Jahre alt.

Kreisrätin Elisabeth Bieber aus Roth im gleichnamigen Landkreis vollendet am 24.12.2013 das 70. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Reinhard Ebert aus Heidenheim, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, am 29.12.2013.

Ebenfalls im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird Kreisrat Klaus Fackler aus Gundelsheim am 12.12.2013 50 Jahre alt.

Januar

Kreisrat Dr. Bernd Eckstein aus Altdorf bei Nürnberg, Landkreis Nürnberger Land, wird am 23.1.2014 50 Jahre alt.

Im Landkreis Roth vollendet Kreisrat Fritz Loy aus Thalmässing am 6.1.2014 das 65. Lebensjahr.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Wolfgang Kelsch aus Wendelstein im Landkreis Roth am 23.1.2014.

Am 23.1.2014 wird Kreisrat Dr. Manfred Weiß aus Roth im gleichnamigen Landkreis 70 Jahre alt.

Kreisrätin Helga Betz aus Gunzenhausen im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen vollendet am 1.1.2014 das 65. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wird Kreisrat Werner Mößner aus Langenaltheim am 18.1.2014 65 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Werner Kaufmann aus Treuchtlingen, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, am 31.1.2014.

Unterfranken

Oktober

Kreisrat Ernst Stroß aus Hammelburg im Landkreis Bad Kissingen wurde am 3.10.2013 65 Jahre alt.

Am 19.10.2013 wurde Kreisrat Dr. Diethard Dittmar aus Maßbach im Landkreis Bad Kissingen 65 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Josef Wächter aus Schwarzach am Main, Landkreis Kitzingen, am 8.10.2013.

Im Landkreis Main-Spessart vollendete Kreisrätin Ute Schawerna-Pedrosa aus Partenstein am 26.10.2013 das 65. Lebensjahr.

Kreisrat Reinhold Albert aus Sulzdorf a. d. Lederhecke, Landkreis Rhön-Grabfeld, feierte am 25.10.2013 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Rhön-Grabfeld wurde Kreisrat Hartmut Rausch aus Ostheim v. d. Rhön am 18.10.2013 60 Jahre alt.

Am 6.10.2013 vollendete Kreisrat Peter Heusinger aus Niederwerrn im Landkreis Schweinfurt das 70. Lebensjahr.

November

Kreisrätin Roswitha Kramer aus Albertshofen, Landkreis Kitzingen, wurde am 23.11.2013 65 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feierte Kreisrat Stephan Amend aus Partenstein am 10.11.2013 den 50. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Margarete Weinand aus Arnstein, Landkreis Main-Spessart, am 27.11.2013.

Kreisrat Bernhard Müller aus Salz im Landkreis Rhön-Grabfeld wurde am 27.11.2013 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Rhön-Grabfeld feierte Kreisrätin Edltraut Rapp aus Mellrichstadt am 3.11.2013 den 65. Geburtstag.

Am 28.11.2013 wurde Kreisrat Walter Rachle aus Sennfeld, Landkreis Schweinfurt, 60 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrätin Anna Breunig aus Giebelstadt-Eßfeld im Landkreis Würzburg am 18.11.2013.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Lioba Kinzinger aus Aub-Burgerroth im Landkreis Würzburg am 20.11.2013.

Dezember

Am 13.12.2013 vollendet Kreisrat Dr. Ingo Walcher aus Bad Brückenau, Landkreis Bad Kissingen, das 75. Lebensjahr.

Kreisrat Peter Hart aus Fuchsstadt im Landkreis Bad Kissingen feiert am 4.12.2013 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Annemarie Fell aus Hammelburg im Landkreis Bad Kissingen am 17.12.2013.

Am 21.12.2013 wird Kreisrätin Brigitte Ascherl aus Bad Kissingen im gleichnamigen Landkreis 50 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Richard Krebs aus Bischbrunn am 20.12.2013 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Bruno Altrichter aus Bad Neustadt a. d. Saale, Landkreis Rhön-Grabfeld, vollendet am 28.12.2013 das 60. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Reinhold Stahl aus Poppenhausen – Kronungen im Landkreis Schweinfurt am 15.12.2013.

Am 19.12.2013 wird Kreisrat Josef Radler aus Oberschwarzach, Landkreis Schweinfurt, 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Schweinfurt vollendet Kreisrätin Elisabeth Widmaier aus Gochsheim am 20.12.2013 das 65. Lebensjahr.

Kreisrat Lothar Rabenstein aus Ochsenfurt im Landkreis Würzburg wird am 9.12.2013 50 Jahre alt.

Januar

Im Landkreis Aschaffenburg vollendet Kreisrat Michael Rosner aus Johannesburg am 7.1.2014 das 65. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Robert Herrmann aus Ebern, Landkreis Haßberge, am 28.1.2014.

Am 19.1.2014 wird Kreisrat Oskar Ebert aus Untersteinbach im Landkreis Haßberge 65 Jahre alt.

Kreisrat Eckhard Himmel aus Marktstef im Landkreis Kitzingen feiert am 30.1.2014 den 65. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Friedrich Wilhelm Spatz aus Mellrichstadt im Landkreis Rhön-Grabfeld am 15.1.2014.

Im Landkreis Würzburg wird Kreisrat Rainer Kinzkofer aus Veitshöchheim am 18.1.2014 70 Jahre alt.

Schwaben

Oktober

Kreisrat Max Brenner aus Syrgenstein-Staufen, Landkreis Dillingen a. d. Donau, feierte am 3.10.2013 den 65. Geburtstag.

Am 18.10.2013 wurde Kreisrat und Bürgermeister Hans-Peter Koch aus Markt Dietmannsried im Landkreis Oberallgäu 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Oberallgäu vollendete Kreisrat und Bürgermeister Herbert Seger aus Durach am 29.10.2013 das 65. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Manfred Seeboldt aus Pfronten im Landkreis Ostallgäu am 7.10.2013.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat und Erster Bürgermeister Werner Himmer aus Marktoberdorf im Landkreis Ostallgäu am 23.10.2013.



November

Im Landkreis Aichach-Friedberg wurde Kreisrat Robert Lieb aus Kissing am 26.11.2013 50 Jahre alt.

Am 19.11.2013 feierte Kreisrat Wilhelm Gumpf aus Blindheim im Landkreis Dillingen a. d. Donau den 65. Geburtstag.

Kreisrat Axel Janischowski aus Weißenhorn im Landkreis Neu-Ulm wurde am 1.11.2013 60 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat und Erster Bürgermeister Lars Leveringhaus aus Obergünzburg, Landkreis Ostallgäu, am 30.11.2013.

Den 65. Geburtstag feierte Kreisrat Dr. Christian Alex aus Waal im Landkreis Ostallgäu am 20.11.2013.

Ebenfalls im Landkreis Ostallgäu wurde Kreisrat Rudolf Leinweber aus Füssen am 30.11.2013 75 Jahre alt.

Dezember

Kreisrat und Erster Bürgermeister Johann Settele aus Petersdorf im Landkreis Aichach-Friedberg wird am 20.12.2013 60 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Jörg Fischer aus Donauwörth, Landkreis Donau-Ries, am 4.12.2013.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Herbert Zinth aus Weiler im Landkreis Lindau (Bodensee) am 3.12.2013.

Im Landkreis Oberallgäu wird Kreisrätin Irmgard Kiechle aus Altusried am 23.12.2013 60 Jahre alt.

Am 29.12.2013 feiert Kreisrat Hermann Widenmayer aus Rettenberg, Landkreis Oberallgäu, den 65. Geburtstag.

Kreisrat und weiterer Stellvertreter des Landrats Alexander Müller aus Mauerstetten im Landkreis Ostallgäu vollendet am 8.12.2013 das 65. Lebensjahr.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Roland Krieger aus Pfaffenhausen, Landkreis Unterallgäu, am 22.12.2013.

Im Landkreis Unterallgäu wird Kreisrat Peter Neß aus Otto-beuren am 7.12.2013 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Roland Ahne aus Mindelheim im Landkreis Unterallgäu am 11.12.2013.

Ebenfalls im Landkreis Unterallgäu feiert Kreisrätin Roswitha Siegert aus Türkheim am 12.12.2013 den 70. Geburtstag.

Januar

Kreisrätin Ingrid Hansen aus Dasing, Landkreis Aichach-Friedberg, wird am 27.1.2014 70 Jahre alt.

Im Landkreis Augsburg vollendet Kreisrat Bernhard Hanne-mann aus Neusäß am 7.1.2014 das 50. Lebensjahr.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Dieter Böck aus Gundel-fingen a. d. Donau im Landkreis Dillingen a. d. Donau am 9.1.2014.

Am 30.1.2014 wird Kreisrat Leonhard Ost aus Ellzee im Landkreis Günzburg 60 Jahre alt.



Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Verband der bayerischen Bezirke. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de